

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 8,50 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7820. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsspaltige Kolonette oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Inserate und Veranlassungen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.
 Zersprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 19. Juli 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Terrorismus.

„Gewalt ist kein Heilmittel“, sagte Gladstone etwa ein Jahrzehnt vor seinem Tode, als man ihn zu Ausnahme-gesetzen gegen die Irländer drängeln wollte. An die Gewalt als Heilmittel glauben nur Pfuscher und politische Bankrotteure. Gladstone war ein Staatsmann, wenn er auch den Socialismus nicht begriff. Und das gleiche gilt von Cabour, der denselben Gedanken in drastischerer Form also ausdrückte: „Mit dem Belagerungszustand kann jeder Esel regieren.“ Natürlich muß einer ein doppelter Esel sein, wenn er auch glaubt, das Regieren mit dem Belagerungszustand lasse sich auf die Dauer durchführen und müsse nicht in einer Katastrophe und einem Strafgericht für die verbrecherischen Thoren endigen, welche die Gewalt als Heilmittel, als Allheilmittel betrachten.

Die ganze Regierungskunst der Pfuscher läuft auf Gewalt hinaus — Gewalt, die einschüchtert, Gewalt, die unterdrückt, Gewalt, die schließlich die Hinte schießen und den Säbel hauen läßt.

In früheren Zeiten, wo die Menschen noch ehrlicher waren und die politische Heuchelei nicht wie faustdicke Schminke auf den Fingern und Büffeln der herrschenden Gesellschaft lag, nannte man dieses Regierungssystem: Terrorismus. Welch schreckliche Dinge sind uns nicht in der Schule erzählt worden und werden in der Schule und in zahllosen wohlgefinnten Schriften und Zeitungen uns nicht täglich erzählt von dem französischen Schreckensregiment vor jetzt 107, 106 und 105 Jahren. Wie jeder, der in Opposition gegen die Regierung trat, verfolgt, vor Gericht gestellt, und, wenn schuldig befunden, aufs Schaffot geschickt wurde.

Ja, das war gewiß recht schlimm, aber es war eben Kriegszustand, wirklicher Kriegszustand — Frankreich war von dem ganzen monarchischen Europa angegriffen, es mußte sich seine Feinde im Innern vom Hals halten, um sich der äußeren Feinde erwehren zu können.

Und mit dem französischen Schreckensregiment hatte es eine eigentümliche Verwandnis. Die Guillotine war in Thätigkeit — kein Zweifel. Aber sie that ihre Arbeit schnell und ohne zu quälen — die Gefangnisse waren keine moderne Marteranstalten, — mit Ausnahme des Zwangsverbots, das Gefangnis zu verlassen, war der Gefangene ziemlich so frei wie zu Haus. Und die Zahl der wegen „politischer Verbrechen“ Guillotinierten belief sich in ganz Frankreich während der drei Jahre des Schreckensregiments auf 3500 — das heißt ungefähr ein Zehntel der Opfer, die Herr Gallifet, der heutige Kriegsminister von Frankreich, vor 28 Jahren unter dem Weisfall und frenetischem Jubel des ganzen „gebildeten“ Europa nach Besiegung der Kommune dem Moloch des Kapitalismus zu Ehren abschlachtete. 35 000 in wenigen Tagen — das ist kein Terrorismus; aber 3500 in drei Jahren, das ist Terrorismus! Doch lassen wir diese Unterschiede. Der Name wird verleugnet, die Sache wird gethan. Seit 1848 — seit der Niederlage des französischen Proletariats in der Junischlacht 1848 hat Frankreich ununterbrochen die Herrschaft des Terrorismus. Und zwar des politischen nicht bloß, sondern auch des socialen. Und des socialen sogar noch in höherem Natur der Dinge, daß der ökonomische Druck, gerade weil er den politischen Druck einschließt und einbegreift, an sich stärker ist als der politische, der nicht notwendig auch ein ökonomischer ist. Und kein Sultan, kein Zar hat sich herausgenommen, was die Unternehmer-Paschas vom Stille des „Königs“ Stumm und des Despoten von Carmaux: Kességuiet.

Diese Herren beanspruchen die Macht nicht bloß über die Arbeitskraft, auch über das Denken, Fühlen und alles aufergeschäffliche Handeln „ihrer“ Arbeiter. Wer nicht blind gehorcht, wird sofort mit der härtesten Strafe belegt: der Strafe des langsamen Verhungerns. Es ist wahr, nicht immer kommt es zum Verhungern, allein das ist nicht das Verdienst der Stumm und Kességuiet. Denn durch schwarze Listen sorgen sie dafür, daß jeder Arbeiter, über den sie, durch Entlassung, die Strafe verhängt haben, geächtet ist, abgeschnitten von Wasser, Feuer und Brot, wie die Geächteten des Altertums, geht von Thüre zu Thüre, überall abgewiesen.

Was war der Terrorismus der Robespierre, Danton, der wildesten Revolutionsmänner verglichen mit dieser kalt berechnenden Grausamkeit des kapitalistischen Feudalherrn, der sein Opfer nie verschilt und es martert, auch wenn es seinem Todesurteil entriemt.

Neben dem Martyrium der Hunderttausende von Arbeitern, die in unseren modernen Kulturländern durch den Terrorismus des Unternehmertums Jahr für Jahr gemahregelt, durchs Land geht, in den Hungertod, zur Verzweiflung, zum Verbrechen getrieben worden, ist der Terrorismus der französischen Revolution das reine Kinderspiel.

Und nun gar, wenn die Lobredner, Diener und Agenten des Kapitalismus, den alten Trick betrunkenen Korpsstudenten nachahmend, die Worte und Begriffe umdrehen und die Opfer ihrer Roheit der Roheit beschuldigen, — die Opfer ihres Terrorismus des Terrorismus anklagen und Jeter schreien über den Terrorismus der Arbeiter!

Terrorismus der Arbeiter. Welche Mittel haben denn die Arbeiter terror — Schrecken einzuschleusen? Können sie jemand mahregeln? Jemand mißhandeln? Das schlimmste, das sie einem „Arbeitswilligen“ antun können, ist, daß sie ihm sagen, er sei ein Verräter an seiner Klasse — was er, wenn nicht völlig abgestumpft, sich selbst sagt.

Bleibe man uns vom Hals mit solch' albernen Dingen. Aber der Terrorismus der Unternehmer ist eine Thatsache. Tag für Tag, Stunde für Stunde, macht er sich fühlbar. Und daß der Jwed dieser Schreckensherrschaft die Herrschaft ist, die absolute Herrschaft des Kapitals über die Arbeit, die absolute Rechtlosigkeit des Arbeiters, der blindes Werkzeug sein und blind gehorchen soll — wird es uns nicht Tag für Tag, Stunde für Stunde durch die That bewiesen? Wir wollen aus der Ueberfülle des Stoffes nur zwei schlagende Beispiele herausgreifen.

Zuerst den englischen Maschinenarbeiter-Streit des Jahres 1897. Damals bot die englische Regierung — das Handelsamt — die Vermittlung an. Die Kapitalisten wiesen den Vorschlag zurück, den die Arbeiter sofort angenommen hatten, und erklärten offen, es komme ihnen darauf an, die Arbeiterorganisation zu zerstören und die Arbeiter widerstandsunfähig zu machen. Die Kusperrung dauerte dann noch Monate, unfähiges Unheil über tausende von Familien und über das ganze Land verhängend — bloß weil das Unternehmertum die Arbeiter zu willenslosen Sklaven zu machen entschlossen war.

Dasselbe Schauspiel haben wir jetzt in Dänemark. Nie hat der Kapitalismus seine Herrschaft brutaler behätigt, nie ist das Schreckenssystem rücksichtsloser ausgeübt, nie Recht, Billigkeit und Humanität quüschter unter die Füße getreten worden. Unsere Leser sind über den Ursprung und den bisherigen Verlauf des Streits unterrichtet.

Ein unparteiisches Schiedsgericht hat, nachdem die Aussperrung einen so bedrohlichen Umfang erreicht und so schlimme Folgen für viele Tausende von Familien und für die Gesamtheit erzeugt hatte, die Grundlage für einen gütlichen Ausgleich geschaffen. Wohlan: die Arbeiter waren bereit, sich dem Schiedspruch zu fügen. Die Unternehmer pfeifen auf den Schiedspruch. Sie wollen nicht Gerechtigkeits. Sie wollen die Herrschaft. Alle Rechte für die Unternehmer, keine Rechte für die Arbeiter.

Die Arbeiter sollen sich ihnen auf Gnade und Ungnade unterwerfen. Und wer sich nicht unterwirft — der soll verhungern. Der soll verhungern! Wohin er sich wendet, jede Fabrik, jede Werkstatt ist ihm verschlossen. Und sucht er sich Arbeit im Ausland — jede Fabrik, jede Werkstatt ist ihm verschlossen. Denn das Unternehmertum ist international organisiert, und der Unternehmer-Terrorismus ist international. Oder ist es weniger Terrorismus, zur Einschüchterung und Unterdrückung die trockene Guillotine zu benutzen, als die nasse? Ist die trockene Guillotine der französischen und italienischen Fieberkolonen und des Hungers, der überall langsam aber sicher tölet, weniger grausam als die Guillotine der französischen Revolution?

Die deutschen Arbeiter fühlen sich eins mit den dänischen Genossen. Sie brauchen von uns nicht an ihre Pflicht erinnert zu werden.

Die Unterstützung seiner Opfer ist der beste Protest gegen den Unternehmer-Terrorismus.

Die Wahlen in Bayern.

Die Abgeordnetenwahlen haben das nach der Wahlmännerwahl erwartete Ergebnis im allgemeinen erfüllt. Das Centrum gewann 83 Mandate, die Liberalen 45, die Konservativen 4, der Bauernbund in seinen verschiedenen Abarten 13, die Demokraten 1 Mandat; dazu kommen 2 Wilde und 11 Socialdemokraten. Folgende Tabelle giebt eine Uebersicht über Gewinn oder Verlust der Parteien seit 1893:

	1893	1899	Gewinn oder Verlust
Centrum	74	83	+ 9
Liberalen	67	45	- 22
Konservative	4	4	—
Bauernbündler	8	13	+ 5
Socialdemokraten	5	11	+ 6
Demokraten	1	1	—
„Wilde“	—	2	+ 2

Im Wahlkreise Erlangen-Fürth, wo ein demokratisch-socialdemokratischer Sieg nicht völlig ausgeschlossen schien, haben

Liberalen und Bauernbündler mit 111 bis 116 Stimmen gesiegt, während Quibde, Demokrat, und unser Parteigenosse Segitz je 80 Stimmen erhielten. In Nürnberg wurden die bisherigen Abgeordneten Ehrhart, Löwenstein, Segitz, Scherm mit 170 Stimmen gewählt, die Liberalen gaben 72 weiße Zettel ab. Da Ehrhart auch in Speyer-Ludwigshafen gewählt ist, so wird in Nürnberg eine Nachwahl stattfinden müssen. In München II wurde Pollmar einstimmig gewählt, da die wenigen liberalen Wahlmänner gar nicht zur Wahl gingen. In München I fielen auf die liberalen Kandidaten je 84 Stimmen, gewählt wurden 2 Kandidaten vom Centrum mit 252 und 255 Stimmen, 3 Socialdemokraten: Virk, Müller, Franz Schmitt mit je 256 Stimmen. Für Speyer-Ludwigshafen wurden je 2 Centrums- und 2 socialdemokratische Abgeordnete, Ehrhart und Huber gewählt. Im Kreise Zweibrücken-Birmasens wurde der Centrumskandidat und unser Parteigenosse Reidel gewählt.

Ueber die nun in den bayrischen Landtag einziehenden socialdemokratischen Vertreter geben wir einige biographische Notizen. Virk ist betannt, er vertrat München I von 1880 bis 1898 im Reichstag; 1898 unterlag er dem liberalen Gegner, Adolf Müller ist leitender Redacteur der „Münch. Post“. Franz Schmitt ist von Beruf Optiker und leitet seit einer Reihe von Jahren die Organisationsarbeit in Südbayern. Huber ist Buchdrucker in Ludwigshafen, Reidel hausindustrieller Schuhmacher in Birmasens.

An Stelle Ehrharts dürfte in Nürnberg für die Nachwahl Genosse Vertel aufgestellt werden, doch wissen wir sicheres hierüber zur Zeit noch nicht.

Ein Parteigenosse, der lange Jahre in Bayern gewirkt hat und die dortigen Verhältnisse gut kennt, schreibt uns:

Zu ersten Augenblick wurde der Ausfall der bayrischen Neuwahlen von den Genossen allerorts mit großem Jubel begrüßt. Wenn Nürnberg sein socialdemokratisches Votum verdoppelt, die Residenz München diesen Siegeslauf noch überholt, so sind das Ergebnisse, die alle Erwartungen übertrafen und die Freude der Genossen rechtfertigen. Kommt dazu noch die Möglichkeit, eine dem Wachstum der Partei im Lande entsprechend höhere Zahl von Abgeordneten in die Kammer zu senden, so ist das ein Erfolg, der gegenüber den in Betracht kommenden Schwierigkeiten — erst in der Zukunft seine volle Wirkung üben wird.

Nun sind freilich da und dort in der Partei Stimmen erstanden, welche die Bedeutung des socialdemokratischen Sieges dadurch „ins rechte Licht“ stellen zu müssen glauben, daß sie sagen, die Vermehrung der socialdemokratischen Mandate sei nicht der eigenen Kraft zu danken, sondern einem Kompromiß mit dem Centrum, der völkseindlichen aller Parteien. Warum das Centrum — und gerade das bayrische — völkseindlicher sein soll als der bayrische Liberalismus, kann der nicht verstehen, der seit 30 Jahren die politischen Kämpfe in Bayern vor Augen hat. Politisch ist der Liberalismus in Bayern — von jeher mit einer kulturkampferischen-gouvernementalen Beamtenspartei — in allen Kämpfen um erste politische Reformen mit dem Ultramontanismus Hand in Hand gegangen; wirtschaftlich ist der Liberalismus in Bayern der rücksichtsloseste Vertreter des Großkapitalismus, die bayrischen Liberalen haben von je zu den trauglichsten Tröpfen des National-Liberalismus gezählt, die für alle Attentate auf die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit der Arbeiter strapellos einzutreten. Die infantile Socialistenbegeisterung wurde in Bayern in einer „liberalen Form“ betrieben. Das Centrum ist politisch zwar alldein von einem gewissen demokratischen Juge beunruhigt und wirtschaftlich, entsprechend den zurückgebliebenen Produktionsverhältnissen, auf dem Kleinbürgerlichen bzw. Kleinbäuerlichen Standpunkt. Da aber die Massenbewegung mit Ausnahme der paar Industriestädte zwischen Unternehmern und Arbeiterklasse noch nicht so weit vorgeschritten ist wie z. B. in Sachsen, so erklärt sich daraus auch, daß für Schärfermacherpraktiken, wie sie die sächsische und preussische Regierung belieben, das Centrum — dem übrigens die katholischen Arbeiterorganisationen als Wahl im Fleische folgen — nicht so ohne weiteres zu haben ist, wie der Liberalismus in Bayern z. B. gegenwärtig und z. Z. des Socialistengesetzes zu haben war. Bestenfalls also ist der Liberalismus in Bayern mindestens ebenso völkseindlich als das Centrum. Die Socialdemokratie hat also gar kein Interesse, den Liberalismus zu stärken und auf ihre eigene Mandatsvermehrung zu verzichten.

So stand die Frage in Wirklichkeit. Der Liberalismus konnte in München und in der Pfalz — und der pfälzische Liberalismus; ganz im Sinne der preussischen Agrarier stehend, ist noch viel schwächer als der rechtsrheinische — nur gestärkt werden, indem entweder die socialdemokratischen Wahlmänner sich ihrer Stimmentgabe enthielten oder geradezu direkt für den Liberalen stimmten, bedingt gegen Ueberlastung einiger Mandate, bedingungslos aus daß gegen das Centrum oder aus Sympathie für den Liberalismus. In einem Falle wäre die Folge gewesen, entweder ein glattes Steigen des Centrums oder schließlich ein Aufhandeln und brüderliches Teilen auf unsere Kosten zwischen Liberalen und Centrum um die Mandatsbeute, im anderen wäre die Vermehrung der socialdemokratischen Mandate ebenfalls nicht aus eigener Kraft erfolgt, sondern zu Dank eines „Kompromisses“ mit den Liberalen — formal wenigstens, denn thätiglich verdankte die Partei wie jetzt auch in diesem Falle ihre Mandate einzig und allein ihrer eigenen Kraft, wie sie eben bei den Wahlen in der Form vermehrter socialdemokratischer Stimmen und daher auch der Wahlmänner zum Ausdruck gelangt ist.

Wenn diese Vorstellungen weiter meinet, eine solche Mandatsvermehrung bedeute keinen Gewinn, ja nicht einmal einen Erfolg für die Partei, so braucht man schließlich nur auf diejenigen socialdemokratischen Reichstagsmandate zu verweisen, die wir in der Stichwahl mit Hilfe der Freisinnigen oder des Centrums eroberten. Hat man je behauptet, diese Mandate seien moralisch oder politisch kein Gewinn oder Erfolg für

die Partei? Bei den diesjährigen bairischen Landtagswahlen wie bei den Reichswahlen liegt das Streben eben darin, das sie errichten wurden ohne Preisgabe eines Grundgesetzes, ohne Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien, sondern einzig und allein durch den Zwang der Anerkennung der Stärke der sozialdemokratischen Partei. Das bei den bairischen Landtagswahlen vor der Wahl sich förmlich ausdrückte in der Abmachung, daß so und so viel Mandate gleichsam „verteilt“ werden, ist eine Wegzettelung, eine Wegweisung, bedingt durch das widersinnige Wahlgesetz; so gut wie bei den Reichstagswahlen unsere Genossen in der Stichwahl in verschiedenen Kreisen für den Centrumskandidaten gegen den Nationalliberalen oder Konstitutionellen stimmen, haben unsere sozialdemokratischen Wahlmänner in München und der Pfalz für das augenblicklich kleinere Uebel, den Centrumskandidaten, gegen den Nationalliberalen gestimmt. Aber sie zwangen gleichzeitig auch das Centrum, offen für den Sozialdemokraten zu stimmen. Unter anderen Umständen würden sie, wie unsere Genossen in Wien, in Brüssel oder Paris mit den Liberalen gegen das Centrum gestimmt haben. Aber die eigenartigen Verhältnisse Bayerns, die allein maßgebend sind, rechtfertigen die Taktik unserer bairischen Genossen.

Nun ist freilich auch der Einwand erhoben worden, die Partei dürfe überhaupt auf derartige Abmachungen sich nicht einlassen; gegenüber der „einen reaktionären Masse“ müsse das Klassenbewußte Proletariat geschlossen in sich selbst, auf sich selbst vertrauend, allein vorgehen. Das ist das alte Schlagwort in neuem Gewand, das die Partei längst abgethan und praktisch eigentlich niemals betätigt hat, die Phrase: Alles oder nichts! Unsere ganze Reichstags-Tätigkeit frost diese Argumentation! Noch in der letzten Session haben unsere Abgeordneten für eine Reihe von Gesetzentwürfen beziehungsweise Änderungen gestimmt, die weit entfernt waren von „Alles“, aber ebenso weit von „Nichts“, und weil wir das „Alles“ nicht kriegen konnten, das „Nichts“ aber vermeiden wollten, haben unsere Abgeordneten mit den Vertretern anderer Parteien, ohne Verzichtleistung auf das Ganze und für die Zukunft, für die kleinen Verbesserungen gestimmt, die heute im Interesse der Arbeiterklasse gelegen haben. Auf unsere ganze Agitation übertragen hieße jene Formel nichts anderes als Verzichtleistung auf jede praktische Vethätigung, die immer nur relative Verbesserungen bringen kann, auf bloße Kritik uns beschränken, bis um eines Tages die Majorität der Stimmen zufällt, dann haben wir die politische Gewalt in Händen. Oder auch nicht. Man erringt eben die Majorität nicht ohne praktische politische Vethätigung, man überzeugt die uns noch fernstehenden, ihrer sozialen Stellung nach zu uns gehörenden Elemente durch bloße negative Kritik nicht, unsere praktische Vethätigung muß vielmehr diesen Elementen die Möglichkeit des eigenen Urteils des Vergleichs unserer Tätigkeit, unserer Forderungen mit denen der anderen Parteien geben.

Geradezu als Schädigung der Partei wurde es bezeichnet, daß mit unserer Hilfe in München z. B. der „Paradeschloffer“, der Vorstand des katholischen Arbeitervereins in den Landtag gewählt werde. Wir möchten den „Paradeschloffer“ möglichst vermeiden sehen, er erinnert zu sehr an den „socialdemokratischen Vöbiker“, aber wir möchten natürlich unsere Genossen fragen, ob sie so wenig Vertrauen in unsere eigene Sache haben, daß sie die Anwesenheit eines katholischen Arbeiters, wenn auch Gegners, nicht vielmehr mit Freuden begrüßen! Wie wollen wir denn die Hunderttausende von katholischen Arbeitern, die heute noch in Abhängigkeit ihrer Klasseninteressen und Klassenpflichten hinter dem Centrum (oder sogar Liberalen) marschieren, für uns zu gewinnen hoffen, wenn wir nicht überzeugt sind, daß neben den Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung es unsere Kritik der gegenwärtigen Handlungen und unsere eigene politische Vethätigung ist, die diese Kreise immer mehr vorwärts treibt, sie allmählich mit sozialistischen Anschauungen erfüllt, bis sie eines Tages das Klassenengesetz sich bewußt werden! Und gerade das dürfte die Katastrophe, daß das Centrum, das ja immer in Arbeiterkreisen die Herrschaft macht, zur parlamentarischen Herrschaft gelangt ist, für uns mit der Zeit von größtem agitatorischen Werte sein! Die Stellung der katholischen Arbeiter zur Jugendabstufung sollte uns doch als Warnung gelten! Und der Dränger und Hresfelder Streik gäbe uns ebenso gut Fingerzeige wie die belgische Arbeiterbewegung, die weit hinein in die katholischen Arbeiterkreise den sozialistischen Gedanken gepflanzt hat, wenn er heute auch erst im demokratischen Socialismus zur Reife gelangt. Die Frucht wird sozialdemokratisch schmecken. Aber — sagt man uns — „von ernsthaften sozialpolitischen oder nur politischen Reformen wird beim Centrum nicht die Rede sein“. Wir fürchten das auch, aber wäre von den Liberalen so was zu erwarten gewesen? Noch viel weniger! Bis jetzt hat das Centrum sich der Verantwortung dafür entziehen können, es besah nicht die Majorität! Heute heißt es Farbe bekennen, und daß das möglichst oft geschieht, dafür werden unsere, einzeln sogar mit Hilfe des Centrums selber gewählten Abgeordneten sorgen.

Man pflegt in unserer Partei sonst oft zu sagen: Wenn die Gegner und loben, so haben wir eine Dummheit gemacht: auf das Centrum übertragen, scheint dies Wort die Taktik unserer bairischen Genossen zu rechtfertigen. Denn die Schornsteinpresse ist während über das Verhalten des Centrums. Allen voran die Stumm'sche „Post“, bei welcher der Scharfmacher in höchst eigener Person eingegriffen haben soll. Daneben ist es das belagerte Oberpfort des Bundes der Industriellen, das in seinen kritischen Rufen voll Gemeinheiten ausbricht. Die wütendsten Kulturkampf-Phrasen von Kanzel- und Reichstags-Redaktionen, die geschmacklosesten Tiraden von Reichswasserspiegel und Petrolsumpfen werden vom Stapel gelassen, weil das Centrum mit den Sozialdemokraten Unterhandlungen gepflogen, ja sogar für Sozialdemokraten gestimmt hat. In der Acta des Jugendbundes ist diese Anschuldigung gegen den unbegreiflichen Ausdauerwillen der Scharfmacher von der Saar und Auer allerdings ein Bild hervorgehoben, gerade um bedeußen aber für uns um so bedeutsamer in einer Zeit, da wir wieder einmal von Gesetzbrechern, zu Staatsbürgern zweiter Klasse erniedrigt werden sollen. Da ist die öffentliche Anerkennung der Socialdemokratie als gleichberechtigter Partei seitens der herrschenden Parteien allerdings ein deutlicher Wink, denn das Lustige dabei ist, daß auch die staats-erhaltenden Liberalen, die bairische Regierungspartei, auf dem gleichen Fuße der Gleichberechtigung mit den Sozialdemokraten verhandeln wollten. Noch vor acht Tagen schrieben die „Münchener Renekten“: „Kompromisse mäßten ganz nach Zweckmäßigkeitsgründen ohne Empfindlichkeit abgeschlossen werden.“

Den „Scharfmachern“ verdirbt diese, mit der alten Heuchelei und dem alten Vorurteil offen brechende Politik, wozu das Centrum und die Liberalen durch die Stärke unserer Partei gezwungen wurden, mancherlei dumme Pläne, heute, und noch mehr in der Zukunft! Und da unsere Genossen während des ganzen Wahlkampfes bis zur letzten Stunde die grundsätzliche Bekämpfung des Centrums auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete nicht aufgegeben haben, ist der Erfolg um so höher anzuschlagen. In diesem Punkte wie in den übrigen.

Taktische Forderungen lassen sich nur erklären aus den Verhältnissen und dem Verhalten der Gegner. Bayern ist das klassische Land des Kleinbürgertums und des Kleinhandels. Die Großindustrie ist auf ein paar Städte beschränkt, in Begehung zum Reich, d. h. hier in Bayern folgerichtig zu Breiten werden durch partikularen-historische Vorurteile und Erfahrungen und nicht zum mindesten durch Interessenengegengesätze beengt — will man also die Taktik unserer Genossen bei den Landtagswahlen richtig beurteilen, muß man all das mit würdigen. Und stellt man daneben die Thatsache, daß die Folge ohne jegliche Zweideutigkeit, ohne jedes Aufgeben principieller Gegensätze zu den bürgerlichen Parteien erreicht wurde, so wird man diese von ihnen eingeschlagene Taktik nicht von Außen her verurteilen können. Und für das Weitere werden unsere 11 Genossen im Landtag sorgen!

Centrumskreise haben vor der Wahl in München die Vethaltung verbreitet, die Liberalen hätten, vor Abschluß des Wählkompromißes geboten, das jedoch abgelehnt worden sei. Die liberale Parteileitung bestritt diese Vethaltung und richtete an Genossen v. Solmar ein Schreiben, in dem sie ihn um Auskunft bat, ob er, wie behauptet wurde, jene Mitteilung an das Centrum gemacht habe. Solmars Antwort an den Vorsitzenden der liberalen Parteileitung wird in der „Allg. Ztg.“ veröffentlicht: München, 15. Juli 1890.

Sehr geehrter Herr!

Indem ich den Empfang Ihrer — in meiner Abwesenheit eingelaufenen — gefälligen Juristerei vom 18. d. M. bestätige, beantworte ich dieselbe dahin, daß die Behauptung, „die liberale Partei habe der sozialdemokratischen Partei ein Kompromiß angeboten, sei damit aber abgewiesen worden“, von mir niemals aufgestellt worden ist, noch aufgestellt werden konnte, da die liberale Parteileitung mit mir überhaupt in keine Verbindung getreten ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung v. Solmar.“

Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. Juli.

Die Männer der „gelben Heste“.

Die „Post“ meint, unsere Aufzählung der Namen der Gesellschafter der „Schriftenvertriebs-Anstalt“, aus der die läppischen Flugblätter und unehrlichen „gelben Heste“ zur Zustandsvorlage entströmen, bezwecke, ihre Träger in der allgemeinen Achtung herabzusetzen. Daß es nicht gerade dazu dienen kann, die Achtung für diese Leute zu erhöhen, daß sie ihre Namen für so jammervolle Südelen — wenn auch unbekannt — hergeben, möchten wir auch bezweifeln. Nur ist dieser Erfolg nicht unsere sondern ihre Schuld.

Die „Post“ urteilt weiter, die Andeutung, daß hinter den nominellen Geldgebern andere stehen, die über die Steuer-groschen des Volkes Verfügung haben, sei eine struppellose und leichtfertige Agitation. Diese Beschimpfung beschwichtigt nicht die Frage: Woher die Summen für diese Agitation stammen? Daß einzelne der genannten Geldgeber kein Geld haben können oder dürfen, dafür können wir in einem Falle den Beweis führen.

Unter den Gesellschaftern dieser Gesellschaftsrettungs-Fabrik befindet sich auch ein Kaufmann — im Adressbuch nennt er sich Redacteur — Wilhelm Fahrnhorst. Dieser Mann, der mit den Hülse, Grafen Douglas und Professor Douglas mit beschränkter Haftung das Vaterland von dem Terrorismus der Streikbrüder zu retten sucht, ist auch ein recht bekannter Name, freilich anscheinend nicht in Berlin, wohl aber in Magdeburg.

Fahrnhorst gehörte, wie uns von dort geschrieben wird, zu den hervorragendsten Ordnungsmännern. Er betrieb mit seinem Schwager Oscar Schmidt, Hauptmann der Landwehr und General in der Armee der Erzherzöge, zusammen ein Kolonialwaren-geschäft.

Im Winter 1894/95 ging Schwager Schmidt plötzlich auf Reisen und in seiner Begleitung die Lotteriegelder, die er verwaltete. Dafür hinterließ er eine große Schuldenlast. Schmidt wurde zwar staatsanwaltschaftlich verfolgt, ist aber bis zum heutigen Tage nicht gefunden worden.

Infolge der Flucht brach die Firma Löwe u. Fahrnhorst in der Heiliggeiststraße zu Magdeburg zusammen. Auch Fahrnhorst wurde verfolgt und schließlich ziemlich spät nach dem Tode in Berlin vor Gericht gestellt und wegen Bankrotts bestraft. Ueber die Gerichtsverhandlung liegt uns folgender Bericht des „Magdeburger General-Anzeigers“ vor:

Der frühere Kaufmann, jetzige Redacteur Wilhelm Fahrnhorst in Berlin, geboren 1848, war Mitinhaber der hiesigen Firma Löwe u. Fahrnhorst, der in der Heiliggeiststr. 29 ein Kolonialwaren-Geschäft im gros betriebe und über deren Vermögen am 13. August 1895 Konkurs eröffnet wurde, nachdem der zweite Gesellschafter Schmidt am 14. Februar 1895 flüchtig geworden war. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, die Handelsbücher, namentlich das Kassabuch so unordentlich geführt zu haben, daß ein ausreichendes Bild über den Kontenverkehr nicht zu finden war. Die Aktiva summe betrug 130 946 M. Die Schulden summe dagegen 549 533 M. Fahrnhorst behauptet, er habe nicht gewußt, daß das Geschäft schon seit Jahren mit Unterbilanz arbeitete und die Bücher falsch geführt, zum Teil auch bei Seite geschickt seien. Sein Schwager Schmidt, dem die alleinige Führung des Kassabuchs oblag, habe derartige Vertrauen gewonnen, daß er, — Fahrnhorst — der den ganzen großen Kontenverkehr besorgte, sich nicht näher darum gekümmert habe. Es habe ein Geheimnis existiert, das die Mängel im Kassabuche beheimlichte. Die zum Handbuche jährlich entnommenen 10 200 M. seien mit Rücksicht auf die Unterhaltungskosten für die kranke Frau und die studierenden drei Söhne kein übermäßiger Aufwand gewesen. Zur Verteilung unter die Gläubiger werden etwa 20 Proz. gelangen. Der Gerichtshof erachtete auf Grund der Verhandlung die Schuld des Angeklagten betreffs der unordentlichen Buchführung für erwiesen und erlaubte auf 14 Tage Gefängnis.

Wenn Wilhelm Fahrnhorst seine Schuld, die er als Gesellschafter eines Kolonialwaren-Geschäfts auf sich geladen — er konnte sich glücklicherweise mit seinem flüchtigen Schwager etwas entlasten — nunmehr als Gesellschafter eines Staatsrettungs-geschäfts in Gemeinschaft mit Predigern, Grafen, Professoren und Oberregierungs-räten zu entlasten sucht, so haben wir nichts dagegen. Aber Geld kann er nicht für die heilige Sache beitragen. Wenigstens würde er es, wenn er es befehle, wohl zweckmäßiger für Bezahlung seiner Schulden als zum Schutze der Arbeitswilligen verwenden.

Also: woher stammen die Agitationsmittel für die gelben Heste? —

Der Stumm-Paragraph.

Der Groß des mächtigen Freiherrn v. Stumm ob der Veröffentlichung einiger seiner reizvollen Briefe im „Vorwärts“ soll durch den § 44 der neuen Regierungsvorlage betreffend das Urheberrecht befristigt werden. Nachdruck von Briefen, auch wenn sie kein „geistiges Eigentum“ bedeuten, sei verboten worden und die „Post“ erregte sich von neuem gegen unsere Gesinnungsniedrigkeit, die private Briefe zu veröffentlichen sich nicht scheut.

Zu all den guten Gründen, welche uns zu jener Veröffentlichung verpflichteten, werden wir nun noch an eine Episode im Reichstag erinnert, die beweist, wie gerade Herr v. Stumm die Umgewaltung des von ihm gegen die Presse geschmiedeten § 44 vorausgesehen hat.

Bei der Reichstags-Debatte über die sociale Gesetzgebung am 15. Januar d. J. kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Rösicke und dem Abgeordneten Freiherrn v. Stumm über die Ursachen des Rücktritts des Herrn Vöbiker von seinem Amte als Präsident des Reichs-Verständigungsamtes. Freiherr v. Stumm hatte Herrn Vöbiker als Gesinnungsgenossen in Fragen der Socialpolitik in Anspruch genommen. Herr Rösicke hatte allen Anlaß,

diesem Versuch entgegenzutreten. Herr v. Stumm, in die Enge getrieben, verspricht nunmehr dazu, das zu thun, was jetzt durch den Entwurf zum Urheberrecht verboten werden soll. Er übergab Privatbriefe des Herrn Vöbiker der Öffentlichkeit. Nach dem stenographischen Bericht sagte Freiherr v. Stumm: „Herr Rösicke hat geglaubt, die lebenswichtige Fragestellung thun zu dürfen, er halte sich für verpflichtet, den Herrn Präsidenten Vöbiker von dem Verdachte zu reinigen, mein Gesinnungsgenosse zu sein. Meine Herren, ich bin eben nach Hause gefahren und habe mir eine Anzahl Briefe des Herrn Präsidenten Vöbiker herbeigeholt, die beweisen werden, mit wie wenig Berechtigung Herr Rösicke einen derartigen Angriff auf mich hat machen können. Es ist mir allerdings peinlich, aus diesen Briefen, die mir zwar nicht unter dem Siegel der Verschwiegenheit gefertigt worden sind, innerlich aber einen gewissen vertraulichen Charakter tragen, einige Stellen vorzulesen. Aber da es sich hier brüme um eine Ehrensache für mich handelt, meine Herren, so glaube ich, daß derartige Rücksichten in den Vordergrund treten müssen. Der Herr Präsident Vöbiker schreibt mir unmittelbar nach seinem Abgang am 23. August 1897 unter anderem:

Mit Ihnen halte ich manches von dem, was Herr v. Voellcker mit der Reichstags-Kommission vereinbart hat, für schädlich, und wie ich Ihnen sagte, schlugen die Abmachungen von Anfang April bei mir dem längst loderen Fuß vollends den Boden aus.

Herr Rösicke wird doch hierauf nicht mehr bestehen können, daß seine Haltung und die seiner Freunde auf den Entschluß des Herrn Vöbiker ganz erheblich mitgewirkt haben.

Herr Präsident Vöbiker schreibt kurze Zeit darauf, am 10. September, nachdem ich ihm den Protokoll der sämtlichen Eisen-Verwärtungs-gesellschaften gegen die Beschlüsse der Kommission eingehandelt hatte, in welchem diese ausdrücklich erklärten, daß sie nicht in der Lage wären, ihre Selbstverwaltungsbüroausgabe beizubehalten, wenn die Kommissionsbeschlüsse Gesetz würden, folgendes:

Ueber die mir gütigst gektandete Eingabe vom 1. Dezember kann ich mich nur freuen; in der von mir mitbearbeiteten Inzburger Vorlage werden Sie keinen der von Ihnen bekämpften Punkte finden. Wenn ich so Ihre Neugierde sehe u. s. w., wird es mir doch oft ganz wehmützig ums Herz, daß ich auf solch ungläubliche Weise aus meinem Amt herausgedrängt worden bin.

(Hört! hört! rechts.)
Meine Herren, noch aus einem anderen Briefe von Herrn Präsidenten Vöbiker will ich Ihnen einen Passus vorlesen: Ihnen nach all der Mühe und Arbeit schone ruhige Tage wünschend,
— es war am Ende der Session — dankbar dessen gedenkend, wie Sie auf dem Gebiete, dem ich meine Kräfte zu widmen habe,
— das war allerdings vor seinem Abgang — bahnbrechend und die Bahn frei haltend schon vor Jahren thätig waren, als noch alles im Schatten und Schlummer lag, verbleibe ich usw.

Meine Herren, ich meine, daraus kann das Hand sich ein Urteil darüber bilden, ob der Vorwurf des Herrn Rösicke gerechtfertigt war, daß er Veranlassung hatte, Herrn Vöbiker von dem Verdachte zu reinigen, mein Gesinnungsgenosse auf diesem Gebiete zu sein.“

Die Briefe enthalten wirklich streng intime Angelegenheiten. Trotzdem hat Herr v. Stumm sie in die Öffentlichkeit gebracht, freilich nicht in der Presse, wo der Urheber des Nachdruckprozesses gegen den „Vorwärts“ fürchten müßte, selbst angeklagt zu werden, sondern unter dem Schutze der parlamentarischen Immunität. Um so moralischer belästender — gemäß der von Herrn v. Stumm und seiner „Post“ zur Schau getragenen Entrüstung über unerlaubte Veröffentlichung von Privatbriefen — ist das Verfahren des edlen Freiherrn, der selbst zugestand, daß die Briefe des Herrn Vöbiker vertraulichen Charakter hatten: Vielleicht beantragt Freiherr v. Stumm seinen Privatparagrafen im Entwurf zum Urheberrecht so zu erweitern, daß auch sein auf parlamentarischem Wege vermittelter Nachdruck gebührende Sühne finde, und vielleicht ist die „Post“ so gütig von ihren Schmähungen wider den nachdruckstreifrigen „Vorwärts“ auch ihrem hohen Protektor den gerechten Anteil zu widmen.

Die Transvaal-Krise.

berflert mehr und mehr ihre Spannung. Alle heut zu verzeichnenden Nachrichten sind günstig — mit Ausnahme der einzigen, daß der Spiegelgeselle Chamberlains, Mr. Rhodes, der in England zu Besuch war, diesen Morgen in Kapstadt gelandet ist. Günstigen Boden für seine Intriguen findet er dort freilich nicht. Die „Africans“ sind in Bewegung — in verschiedenen Versammlungen haben sie sich für die Annahme der Krüger'schen Vorschläge erklärt, gegen die englischen Rüstungen protestiert und sich entschieden für die Boeren ausgesprochen. Auch diese sind jetzt, seit die englische Regierung einer anständigen Sprache sich beflößigt, veröhnlich gestimmt und zu einigen weiteren Konzessionen bereit.

Als Pretoria, der Hauptstadt der Boeren-Republik, liegen heute folgende Telegramme vor:

Pretoria, 18. Juli. (Melbung der „Agence Havas“.) Die Zahl der Umländer, welche folgende noch dem Zukünftigen des neuen Wählerrechts dieses das volle Wahlrecht haben werden, wird auf über 15 000 geschätzt; in jedem folgenden Jahre würden einige Tausend Umländer weiter hinzutreten.

Pretoria, 18. Juli. (Melbung des „Centers Bureau“.) Als Ergebnis der heutigen verlängerten Sitzung der beiden Volksrände und der Regierung verankert, daß wichtige Angelegenheiten im Sinne der Forderungen Mlinders in günstiger Weise aufgenommen worden seien.

Interessant ist ein Artikel der Londoner „Times“ vom heutigen Tage. Diefes Hauptheftblatt merkt, daß der Boden ihm unter den Füßen schwindet — es mahnt dazu, in der Hauptstadt die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. Der Fuchs findet die Trauben sauer und macht aus der Not eine Tugend.

Vielleicht das feierlichste Symptom bietet die gestrige Regierungserklärung im Unterhaus über die noch übrigen Geschäfte der Session, die bis zum 12. August abgewickelt werden sollen. Die Regierung gab dabei die Erklärung ab, daß sie jedenfalls vor Schluß der Session noch über den Stand der südafrikanischen Frage dem Parlament Bericht erstatten werde. Also binnen ungefähr vier Wochen Bericht-erstattung. So weiten Spielraum läßt man nicht für brennende Fragen.

Um ein heiteres Moment in diese sehr ernste Sache zu bringen, sei noch nachstehendes Telegramm mitgeteilt:

Paris, 18. Juli. Wie man in diplomatischen Kreisen wissen will, unterhandelt die holländische Regierung mit den Regierungen in Berlin, Paris und Petersburg, um, im Falle der Kriegserklärung Englands an Transvaal, England zur Annahme eines Schiedsgerichts in dieser Frage zu veranlassen. Es soll bereits eine Einigung der vier Mächte dahin erzielt sein, die Anwendung der Dumdim-Gesetze gegen die Boeren nicht zu dulden. Diese Aklame für bei Haager Kongresskomodie hätte man sparen können. Wenn England zum Krieg entschlossen

ist, dreht es der Konferenz höchst unrespektvoll eine Nase und thut, was es will — wie es unter ähnlichen Verhältnissen jeder andere Militärstaat thun würde. —

Deutsches Reich.

Ein beförderter Umsturzläufer. Der Geheime Ober-Regierungsrat und vortragende Rat im Ministerium des Innern von Philippsborn ist zum Regierungspräsidenten in Hildesheim ernannt worden.

Der also Beförderte war einer der eifrigsten Arbeiter auf dem Gebiete der gesetzgeberischen Ausbreitung der Socialdemokratie. Man sagt ihm sogar die Vaterhaft der Umsturzvorlage nach. Öffentlich behält er auch in Hildesheim, dessen Name trotz des „von“ so harmloslich zu Philippsborn paßt, noch Mühe, dieser Worte aus dem Korne zu schütten; denn der zurückbleibende Kollege Gruentert versteht sich nur auf die Abfassung von Denkschriften.

Von der Mutter-Camarilla wagt nur der „Reichsbote“, der den König von Preußen zu „heroischen Mitteln“ im Reiche aufgefördert hatte, den Mund noch einmal zu öffnen. Seine Staatsstreichgelüste jucht er nach dem Galtet-den-Dieb-Rezept zu verschleiern:

„Ist das Reich und unser von Gott gesegnetes Preußen nur noch ein corpus vile für solche revolutionären Geister und ihre unfehligen Experimente, wird man ihrer jemals Herr, wenn man sie im Staatsbau ingetrost fortlassen und aus einem Karren viele machen läßt? Der Ultramontanismus, dem an einem innerlich geeinigten und erstarkten Staatsbau unter dem Scepter der protestantischen Hohenzollern nichts gelegen ist, da das letzte Ziel seiner vatikanischen Reuzeit nicht Stärkung, sondern Schwächung desselben bleibt, ist machdiabolistisch genug, das zu bejahen, während er sich selbst im bairischen Wahlkampfe an die Seite der Revolution schlägt. Er braucht und mißbraucht den Umsturz wie einen Scorpion, um das Reich und Preußen zu geißeln und durch die Angst vor ihm in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche zurückzudrücken.“

Die Sprache erinnert frappant an die Ludwig v. Gerlach's, des Bruders von „Volte“ in den ersten Jahrgängen der „Kreuzzeitung“, als die Camarilla der Mutter und Junter den Geist Friedrich Wilhelm's IV. für die Konterrevolution reif machte — eine allmächtige Nebenregierung. Der „Reichsbote“ könnte geradezu aus den alten „Mundschau“ Gerlach's abgeschrieben haben. —

Die Streikprozesse zu Ende kommen. Wir berichteten über einen besonders charakteristischen Fall, der sich vorige Woche vor dem Landgericht in Dresden abspielte. Ein italienischer Maurer soll einen Landmann und Kollegen durch Drohung zum Streik gezwungen haben. Der Belastungszuge, der „Bedroh“ selbst, erklärte aufs bestimmteste gleich dem Angeklagten, daß von einer Nötigung oder Drohung keine Rede sein könne. So habe er die fragliche Aeußerung — die übrigens auch ganz anders als die Anklage behauptet, gelantet habe — nicht aufgefaßt. Trotz dieser den Angeklagten völlig entlastenden Aussagen des von dem Ankläger citierten Hauptbelastungszugens wurde der Angeklagte nicht freigesprochen, wie man erwarten durfte, sondern die Sache wurde verlagert. Am Montag ist dieselbe nun zu Ende geführt worden. Und das Ende ist noch interessanter und charakteristischer als die Einleitung. Außer dem „Bedrohten“ waren nimmere noch zwei Zeugen geladen. Und zwar der Gendarm, welcher in der Sache recherchiert, und der Referendar, welcher seiner Zeit die Angaben des Hauptzeugen protokolliert hat. Beide Zeugen hatten also Kenntnis von der Sache nur durch den „Bedrohten“ selbst. Dieser erklärte aber auch jetzt wieder, und zwar unter Eid, daß er nicht bedroht und nicht genötigt worden sei. Die beiden anderen Zeugen erklärten aber, daß der Verlegte seiner Zeit die belastenden Angaben gemacht habe, wie sie in der Anklage wiedergegeben sind. Der Bedrohte sucht das damit zu erklären, daß er falsch verstanden worden sei. Jedermann erwartet nun gewiß einen Freispruch, da doch mindestens die Sache unklar ist. Das Gericht urteilte anders, der Angeklagte wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt; man hat die Anklage für erwiesen angesehen. Man hat also dem Hauptzeugen, dem einzigen, der neben dem Angeklagten die Sache selbst erlebt hat, nicht geglaubt. Sonst wäre eine Verurteilung unmöglich gewesen. — Ist es zu verwundern, daß so die Streikstatistik rapid steigende Ziffern aufweist? —

Dresden, 17. Juli. (Fig. Ver.) Das Pisto, das man in Sachsen in allen größeren Städten mit dem gegen die Konsumvereine gerichteten System der Umsatzsteuer gemacht hat, läßt die erregten Kleinrentner nicht zur Ruhe kommen. Auch der Verband sächsischer Kaufleute und Gewerbetreibender, der gestern in Pirna tagte, hat sich wieder eingehend mit der heiklen Frage beschäftigt. Bei der politischen Rückständigkeit jener Elemente war vorauszuversetzen, daß es wieder einmal arg über die „socialdemokratischen“ Konsumvereine hergehen würde. Das ist nun auch, und zwar in ganz kräftiger Weise geschehen. Ein Herr Uhlmann aus Dresden, unglückseliger Schwarmacher der Umsatzsteuerfrage, erzählt z. B. eine grauenhafte Geschichte von der „Verseuchung“ und „Unterwühlung“ des gesamten Kleinhandels durch die „roten“ Konsumvereine. Die wohlthätige Wirkung derselben sei nie vorhanden gewesen. Sie dienen bloß dazu, den „Führern“ gute Stellen zu verschaffen, und die Ziele der Socialdemokratie zu hegen. Die Begehrtheit und Ungnädigkeit unter den Arbeitern sei trotz der — Konsumvereine steigend, was aus den zahlreichen Streiks hervorgehe. Da dieser lausische Redner nun gerade bei der Vernichtung des Socialdemokratie war, mochte er gleich noch ein bisschen Propaganda für die Nachwahl im achten Kreise (Saxa) zu machen. Man müsse die Wahl eines Socialdemokraten unter allen Umständen verhindern. So in diesem Tone ging es weiter auch von anderer Seite. Man müsse Reichs- und Landtagsabgeordnete auf Entreten für Umsatzsteuer verpflichten. Auch die preussischen Beamten- und Offiziersvereine bekamen einige derbe Seitenhiebe. Selbst die Nationalliberalen haben bei dieser Deutschen „in Festsitzung“ getreten, auch von diesen „Manchesterleuten“ sei nichts zu erwarten. Dies galt speciell dem Oberbürgermeister Georgi nebst dem Rat und Stadtverordneten in Leipzig.

Politisch war diese ganze Kaselei natürlich nicht — ich glaube wenigstens nicht, daß der auswendige Amtshauptmann von Zaubern das gefund hat, denn sonst hätte er ja schließlich gegen diesen „unpolitischen“ Verband, bezw. den Verbandsrat einschreiten müssen. Nachdem die Herren ihr Herz ausgeschüttet hatten, nahmen sie einen Antrag an, nach welchem sie von der Regierung und Landtag für Sachsen nichts mehr und nichts weniger wünschen, als ein Lande-Umsatzsteuergezei, welches die Gemeinden verpflichtet, diese Steuer einzuführen, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. Das Bezeichnendste ist noch, daß die Herren über das, was sie im Rahmen ihrer Organisation aus eigener Kraft zur Befreiung ihrer angeblichen so traurigen Lage zu thun haben, vollständig im Unklaren sind. Hier benehmen sich die Deutschen völlig plan- und loslos, wie hilflose Kinder. Auf eine derartige Körperschaft kann Sachsen wirklich stolz sein.

Ein staatsgefährliches Kind. Eine Familie russischer Nationalität, in russisch-Polen ansässig, gab ihr achtjähriges Kind (Mädchen) zu ihren in Preußen, in einem Dorfe Oberschlesiens wohnenden Verwandten, damit dasselbe dort die Elementarschule besuche und die deutsche Sprache erlerne. Nachdem das Kind zwei Monate die Schule besucht hat, verfügte die königliche Regierung zu Oppeln, wie das „Oberbild. Tagebl.“ meldet, folgendes:

„Die Zulassung der russischen Staatsangehörigen (Name) in (Ort) zum Besuch einer inländischen Schule verweigern wir nicht zu genehmigen, auch darf ihr der Aufenthalt in (Ort) nicht gestattet werden.“

Wenn die läbliche Regierung nicht das Kind für eine geborene Ribistin hält, so haben offenbar nationale Rücksichten im Interesse des Volentums ihr Thun bestimmt. Die Regierung wünscht nicht, daß das Mädchen sich seiner polnischen Nationalität entfremde, indem es die deutsche Sprache erlernt. Und da belagern sich die Polen noch über Terrorismus! —

Stuttgart, 18. Juli. Die Finanzkommission beschloß, der Kammer vorzuschlagen, das geplante Zusammengehen der süddeutschen Verwaltungen in der Perjonentarifreform im wirtschaftlichen und socialen Interesse zu begünstigen. Die Kommission erblickt in diesen Plänen einen weiteren Schritt zur Herbeiführung eines einheitlichen Perjonentarifs für ganz Deutschland. Ministerpräsident Dr. Freiherr von Mittnacht erklärte in der Kommission, es sei eine wesentliche Ermächtigung des Schnellzugzulags sowie im Habverehr ein Zweipfennigtag für den Kilometer in Aussicht genommen. —

Schutz der Arbeiter vor Gefahren. Der kürzlich erschienene Bericht des Gewerbe-Inspektors für Unterelß, Dr. Wolff in Straßburg, enthält schwere Anklagen gegen das Unternehmertum, besonders im Baugewerbe, das die gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der Arbeiter um des lieben Profites willen vielfach außer acht läßt und dadurch eine ganze Reihe von Unglücks- und zahlreiche Todesfälle von Arbeitern verschuldet hat. Im unterelßischen Baugewerbe sind danach im Laufe des Berichtsjahres 1898 nicht weniger als 385 Unfälle vorgekommen, die den Verlust von 17 Menschenleben zur Folge hatten. Auf die Stadt Straßburg, deren profitühnges Bauunternehmertum sich durch eine besonders leichtfertige Hinwegsetzung über die Bauvorschriften auszeichnet, entfallen von diesen 385 Unfällen allein 24, von den 17 Todesfällen 12. Der amtliche Bericht des Gewerbe-Inspektors konstatiert ausdrücklich, daß diese sämtlichen zwölf Todesfälle bei besserer Aufsicht und ordentlicher Beobachtung der bestehenden Bau- und Sicherheitsvorschriften vermeidbar gewesen wären; insbesondere gelte dies auch von den sieben Todes- und den sechs schweren Verletzungsfällen, welche im Januar 1898 beim Einbruch eines Neubanes vorkamen. Der Aufsichtsbeamte bezeichnet es geradezu als Regel, daß bei den Bauten die nötigen Schutzmaßregeln nicht angewendet oder doch unvollständig, Hilfsmittel und Gerätmaterialien benutzt würden, die für den Zweck nicht ausreichen. Bei den Revisionen stellten sich jeweils große Mängel heraus, und in vielen Fällen seien wiederholt gütliche Ermahnungen ohne jeden Erfolg geblieben. Endlich wird Klage darüber geführt, daß die Anzeigepflicht bei Unfällen von manchen großen und kleinen Vertrieben noch immer mangelhaft erfüllt, indem Hunderte von leichten Unfällen zweifelsohne nicht angezeigt würden, die deshalb auch nicht untersucht und nicht zur Beseitigung gleichartiger, aber schwerer Unfälle benutzt werden können. — Wie auch aus diesem Beispiele wieder zu sehen ist, steht dem Thatendrang unserer Polizeibehörden, der sich bisher meistens nur gegen die angeleglichen Ausschreitungen der Arbeiter richtete, noch ein weites Feld zur Thätigung offen. —

Der Herzogkritiker und sein Ende. Der Gewährsmann der „Z.“ erklärt gegenüber dem Mitarbeiter des „Vorw.“, daß Herzog Ernst Günther am 8. 84 und 85 seiner Vorfahre die Arbeiternachweise-Verordnungen der organisierten Arbeiter doch erwähnt. Es werden folgende Stellen citiert:

„Letzteren (d. h. öffentlichen Arbeiternachweisen) als Gegenorganisation stehen die von der Socialdemokratie meist in den Herbergen eingerichteten Nachweissbüros gegenüber.“

Telweise unter letztere Kategorie gehören die Arbeiternachweise... der Arbeiterfach- oder Gewerbetarife...“ S. 24.

Die Fachvereine üben eine sehr umfangreiche Arbeitsvermittlung aus, behandeln sie in der Regel als wirtschaftliches und politisches Kampfmittel, indem sie bei Lohn- und Arbeitsverhältnissen den beteiligten Arbeitgebern keine Arbeitskräfte mehr zuweisen und durch öffentliche Aufforderung zur Behauptung des Zugangs und die Heranziehung unwürdiger Kräfte nach Möglichkeit zu verhindern suchen.“ S. 35.

Darüber scheint sich unser Gewährsmann tatsächlich in einem Irrtum befinden zu haben, wenn er behauptet, diese Bestrebungen würden mit keinem Worte erwähnt. Man sieht: es sind einige Worte zu finden. Das Citat giebt uns aber auch die erwünschte Gelegenheit, endlich einmal von Geist und Inhalt des nicht öffentlichen erschienenen Druckheftes, das wir nicht das Glück haben zu lernen, einen Begriff zu bekommen. Wir finden kein Wort des Lobes, das stark genug ist, um die Schrift und ihren Kritiker gebührend zu würdigen; dem so viel — Anspruchlosigkeit ist in der That in unserer unzufriedenen Welt rar und verdient höchste Anerkennung. Damit ist hoffentlich das allzulange Gastspiel des Herzogs Ernst Günther im „Vorwärts“ beendet — die Leser haben ein Recht darauf. —

Ausland.

Esterhazy enthüllt.

Der Pariser „Matin“ veröffentlicht längere Berichte seines Londoner Korrespondenten, dem Esterhazy die Geschichte des Vorderbaus erzählt hat. Nach diesen Angaben Esterhazy's hätte derselbe das Vorderbau nach Diktat mit Bleistift geschrieben, dann nochmals abgeschrieben und es in die deutsche Postschiff an die Adresse von Schwarzkoppen gebracht, welcher damals abwesend gewesen sei. Das Vorderbau sei aus der Loge des Pförtners aus dem Briefkasten v. Schwarzkoppen am demselben Tage entnommen worden, an dem es überbracht wurde; es sei folglich niemals in die Hände des deutschen Attachés gelangt, der es also niemals gesehen habe und es niemals zerreißen und in den Papierkorb werfen konnte. Alles sei auf Anstiften Henry's geschehen, um die Quelle glaubhaft erscheinen zu lassen, Esterhazy sei gezwungen worden, das Vorderbau anzufertigen, weil man bestimmte Kenntnisse vom Verrate des Dreifus durch Verbindungen der Agenten des Nachrichtenendienstes in Berlin erhalten hatte; die Zeugenschaft dieser Agenten anzuerkennen, sei unmöglich gewesen, ohne sie zu vernichten, oder sie auf das schwerste zu kompromittieren. Esterhazy behauptet, Mercier, Voissetre und andere hätten alles gewußt und gebilligt, er erzählt Einzelheiten über Befehle, welche er von Voissetre erhalten habe; dieser selbst habe sich mit der Zusammenstellung einer Geschichte des Vorderbaus bis ins einzelne beschäftigt. Ebenso hätten die Schreibfachverständigen Weißing gehabt, mit der Schrift Esterhazy's keine Vergleichen anzustellen; hierüber giebt Esterhazy ausführliche Aufklärungen. Er behauptet, den Schreibfachverständigen Welcomme zwischen dem 20. und 22. November bei Belleur gegeben zu haben, glaubt aber nicht, daß der General fähig sei, auf die Sachverständigen einen Druck auszuüben. Esterhazy schließt mit der Drohung, er wolle als Ankläger gegen die Generale auftreten, da man ihn verlassen habe, wie man Henry verließ und wie man Du Paty de Clam verlassen wolle. Der „Matin“ berichtet dann weiter, Esterhazy habe erzählt, das Vorderbau sei ihm von Sandherr diktiert worden; es sei fabriziert worden, weil man nur moralische Beweise gehabt habe, welche aber in den Augen Sandherr's und seiner Vorgesetzten unüberleglich die Schuld Dreifus' festgestellt hätten.

Frankreich.

Paris, 17. Juli. Der Kriegsminister Galliffet richtete an den Maire von Saint Waizen ein Schreiben, in welchem er erklärt, er könne dem Major Marchand die Erlaubnis zur Teilnahme an einem von der Stadt Marchand zu Ehren veranstalteten Feste nicht erteilen, da die Regierung beschlossen habe, die Expedition Marchand mit dem 15. Juli aufzulösen. —

Belgien.

Die Partei der Ordnung. Aus Brüssel wird uns geschrieben: Bei der letzten Unruhe hatten sich in die socialistischen

Reihen zahlreiche agents provocateurs und Spigel gemischt und sich, um unsere Partei zu diskreditieren, das Vergehühen gemacht, Fensterzettelchen zu zerwerfen und ähnlichen Unfug zu verüben. Um die Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse zu vermeiden, hat der Bürgermeister der Partei vorgeschlagen, selbst den Ordnung- und Polizeidienst zu verleben. Die Verleüer Arbeiter haben den Vorschlag angenommen und künftighin werden sie selbst bei ihren Manifestationen die Polizei — diesmal ein wirkliches Ordnung-, kein Bedrückungs- und Eskamierungs-instrument — bilden. Zugleich sind alle unsere Versammlungen, auch unter freiem Himmel, freigegeben, unter der Bedingung, daß der Verkehr nicht gestört werde. Der Bürgermeister Duls ist ein rechtsprechender Liberaler. —

Spanien.

Der vom Finanzminister Villaverde vorgelegte Etat weist nicht nur interessante Streiflichter auf die spanische Finanz- und Landesverwaltung, sondern zeigt auch deutlich als lange Beschreibungen den zurückgebliebenen traurigen Kulturzustand des spanischen Volkes: ein Beispiel dafür, wozu die Pfaffenwirtschaft führt. So werden z. B. in der Etatvorlage die Ausgaben für den öffentlichen Unterricht nur auf 18 Millionen Pesetas veranschlagt, und zwar verlangt der Finanzminister für die Erhaltung und Vergrößerung der Archive, der öffentlichen Museen und Bibliotheken 1131 200 Pesetas, für den Elementarschul-Unterricht 1 891 575 Pesetas, für den sogenannten Sekundar (Mittelschul) Unterricht 4 209 810 Pesetas und für den höheren Unterricht (Akademien, Hochschulen etc.) 3 603 492 Pesetas. Dagegen beträgt die Civilliste für die königliche Familie 9¼ Millionen Pesetas, die Forderung für pensionierte Offiziere und Militärbeamte 88 Millionen, für Erhaltung der Landstrafen 38 Millionen, für Zuschüsse an die Kirche, die ohnehin bedeutende Vermögen und Einkünfte besitzt, 41¼ Millionen, für Besoldung der Polizei und der Gendarmarie 20¼ Millionen Pesetas. Kein Wunder, daß unter solchen Verhältnissen ein großer Teil der unteren Volksklassen weder schreiben noch lesen kann.

Die Bewegung für die Revision des Prozesses von Montjuich hat in den letzten beiden Wochen infolge der Ableitung der öffentlichen Aufmerksamkeit durch die Villaverde'schen Finanzpläne sehr abgenommen. Es sind fast nur noch die radikalen Republikaner und die Socialisten, die sich an den Demonstrationen beteiligen. In letzter Woche fand eine größere Versammlung zu Gunsten der Revisionsforderung in Villanueva statt; für diese Woche werden große Demonstrationen in Valencia, Palma de Mallorca und Gijon vorbereitet. Der Verein der Barcelonenser Presse, in welchem ein Antrag auf Entreten der Presse für die Revision eingebracht war, hat diesen Antrag abgelehnt.

Bei der Aufstellung der Bilanz für die spanische Nordbahn hat sich, wie der „Liberal“ meldet, herausgestellt, daß ein Betrag von ungefähr 2¼ Millionen Pesetas fehlt.

Russland.

Witebsk. (Fig. Ver.) Vor einigen Tagen wurde hier auf die Anzeige eines Spions ein jüdischer Arbeiter auf der Straße verhaftet. Zu Gefängnisse wurde er einer schrecklichen Folter unterworfen und starb an den Qualen nach zwei Tagen. Die jüdischen Arbeiter und Arbeiterinnen veranstalteten eine Demonstration, gerätumerten das Haus, in welchem der Spion (ein Jude) wohnte, und gerieten in heftige Zusammenstöße mit der Polizei. Die Einwohner der Stadt sind durch dieses Ereignis äußerst aufgeregt. Vermutlich werden sich noch Demonstrationen wiederholen. Der Verstorbenen hinterließ einen Vater, einen alten Arbeiter, der bei der Nachricht über den schrecklichen Tod seines Sohnes den Verstand verloren hat. —

Neue Maßregeln gegen Finnland. Seitens der russischen Proberverwaltung in Helsinki ist den finnländischen Zeitungen, wie die „Nya Pressen“ mittelst ein Circular zugegangen, durch das denselben verboten wird, Neuigkeiten der ausländischen Presse über die politischen Verhältnisse und Vorgänge in Finnland wiederzugeben, da sonst in der von Urkunden durchwogenen Zeit eine schädliche Wirkung für das finnländische Volk zu befürchten wäre. Auch das finnländische Vereinswesen soll lahmgelegt werden. So hat kürzlich der russische Generalgouverneur Bobrissch die Vertreter mehrerer neu gegründeter vaterländischer (finnländischer) Vereine angewiesen, sich wegen der Beschäftigung ihrer Sitzungen direkt an den Zaren zu wenden, da er selbst nicht im stande sei, sich über den Nutzen solcher Vereine unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Urteil zu bilden. Endlich erfahren auch die finnländischen Schulen die Fortschritte der Russifizierung. Kürzlich ist durch einen Ukas in den Kadettenschulen das Russische als Unterrichtsprache eingeführt worden, während dem Finnischen nur eine beschränkte Zahl von wöchentlichen Unterrichtsstunden eingeräumt worden ist. Die Hälfte der Zahl der freien Plätze in den finnländischen Schulen soll für die Söhne der in Finnland wohnhaften Russen vorbehalten werden. —

Amerika.

New York, 18. Juli. Eine Meldung des „New York Herald“ aus Washington zufolge sollen Aguinaldo und einige seiner ersten Führer dem General Otis direkte Friedens-Anerbietungen gemacht haben, so daß, falls die gemachten Bedingungen erfüllt werden, die Freiwilligen, welche gegenwärtig angeworben werden, nicht gebraucht würden. —

Litterarisches.

Mit lärmender Reklame wird eine Lieferungs-Ausgabe der Lassaletten Werke von einem Leipziger Verlag unternommen. Die Ausgabe soll zwei Abteilungen umfassen. Die erste Abteilung bringt die politischen Reden und Schriften, die zweite die wissenschaftlichen, dichterischen z. Werke Lassalet's. Der Preis ist ein sehr hoher, denn die erste Abteilung wird auf 30 Lieferungen à 20 Pf. angesetzt, d. h. die drei Bände der politischen Arbeiten Lassalet's werden umgebunden 9 M., gebunden 12 M. kosten. Die zweite Abteilung soll 50—60 Lieferungen umfassen oder 5 bis 6 Bände, wird also 15—18 M. umgebunden, 20—24 M. gebunden kosten. Das scheint mir zu bilige Lieferungspreis wird sich also schließlich auf 38 M. stellen. Da ist denn doch zu berücksichtigen, daß die wissenschaftlichen Werke Lassalet's, wie das philosophische über Heraklit und das rechtswissenschaftliche „System der erworbenen Rechte“, so bedeutsam sie sind für die Lassalettsche Geistesentwicklung und so ehrenvoll ihr Platz in der Geschichte der beiden Wissenschaften, daß sie aber doch nicht so sehr als das tägliche Brot des im Kampfe stehenden zeitgenössischen Proletariats gelten können, um den durch den hohen Preis dieser Anschaffung bedingten Verzicht auf andere politische Litteratur gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Der ersten Abteilung der politischen Werke fehlt aber ein genügender Weiter durch den Lebensgang Lassalet's und die geschichtlichen Umstände, unter denen die einzelnen Arbeiten entstanden sind. Eine kürzliche „Vorbemerkung“ zu den einzelnen Bänden, wie sie die erste und vorliegende Lieferung aufweist, ist durchaus nicht hinreichend, um das Verständnis Lassalet's zu ermöglichen. Schließlich ist auch der Verdacht nicht abzuweisen, daß die oben-mitgeteilte Zahl der Lieferungen und damit die Höhe des Preises nicht einmal innegehalten werden wird, sondern daß derjenige, welcher sich auf den Bezug der ersten Lieferungen einläßt, schließlich noch erheblich mehr wird aufwenden müssen als er jetzt annimmt. Es heißt nämlich in der vom Verlag veröffentlichten Empfehlung, daß die Lassalettschen Gesamtwerke in ca. 90 Lieferungen oder etwa 9 Bänden erscheinen sollen.

Partei-Nachrichten.

Dem belgischen Genossen Jean Volkers, der den Sieg des Proletariats organisierte, aber, in Geistesnacht verfallen, ihn nicht mehr erlebte, wurde am letzten Sonntag von dem dankbaren Proletariat Belgiens ein Denkmal geweiht. Gegen 50 000 Personen haben an den Feierlichkeiten teilgenommen; in dem Zuge, der sich

durch die Strafen der Stadt bewegt, wurden alle Parteifahren der belgischen Socialdemokraten, in schwarzen Krepp gehüllt, getragen. Von den belagerten Parteiführern Vanderveelde, Leo, Karmette u. a. wurden Ansprüche gehalten, die von der Menge mit großer Begeisterung aufgenommen wurden.

Unter den Kränzen, die am Denkmal niedergelegt wurden, befindet sich auch der, welchen die Berliner Socialdemokraten dem Toten bei seiner Beisetzung gewidmet hatten.

Die Parteigenossen des 14. sächsischen Landtags-Wahlkreises Meerran-Limbach werden sich an den nächsten Landtagswahlen beteiligen; sie haben den bisherigen Vertreter des Kreises, Genossen Grünberg aus Harttha, als Kandidaten aufgestellt.

Die Oldenburger Parteigenossen beginnen ebenfalls mit der Agitation für die kommenden Landtagswahlen.

Zum Parteifreit in Frankreich. Anlässlich des Manifestes der drei Gruppen bezeichneten wir die dritte derselben als Antimanifest. Das ist nicht ganz richtig, denn Allemane selbst hat das Manifest nicht unterschrieben! Eine Anzahl bekannter Genossen haben sich bisher neutral verhalten — wie es scheint, wird eine Vermittlung versucht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein glänzender Freispruch. In Vernburg waren die Genossen Voigt, Holz, Baumgarten und Klotz, sowie Frau Riez aus Hamburg angeklagt wegen Uebertretung des Anhaltischen Vereinsgesetzes und Widerstandes gegen die Staatsgewalt.

Am 20. und 21. Februar d. J. fanden in Reudorf zwei unpolitische Versammlungen statt, welche beide durch den Ueberwachen, Hühner Stiere aus Reudorf aufgelöst wurden. Frau Riez sollte nun als Rednerin in beiden Versammlungen das politische Gebiet berühren. (Anhalt mit seinem reaktionären Vereinsgesetz schließt Frauen aus politischen Versammlungen und Vereinen aus.) Außerdem waren Voigt und Baumgarten als Veranstalter, Holz und Klotz, welche mit ins Bureau gewählt waren, als „Mittelglieder“ der Versammlungen, gleichfalls wegen Uebertretung des Anh. Vereinsgesetzes unter Anklage gestellt. Außerdem sollten alle fünf Angeklagten die Versammlungen aufgefodert haben, sich nicht zu entfernen, als der Ueberwachende aufstie und die Räumung des Saales anordnete. Die Verweiskaufnahme ergab allerdings ein ganz anderes Bild, als das, welches die Anklage vortrug. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt für Frau Riez drei Monate Gefängnis und 60 M. Geldstrafe, Baumgarten 2 Monate Gefängnis und 60 M. Geldstrafe, für Voigt, Holz, Klotz je 30 M. Geldstrafe und 2 Monat Gefängnis.

Das Gericht schloß sich im wesentlichen der ausgezeichneten Verteidigung des Rechtsanwalts Landsberg-Magdeburg an und sprach sämtliche Angeklagte frei.

Ein Strafmandat von zehn Mark erhielt Genosse Hänicke, weil in einer von ihm verantwortlich gezeichneten Nummer der „Sächs. Arb.-Ztg.“ eine Verächtung nicht an genau derselben Stelle wie der früher berichtete Vorgang angenommen war; dabei war die Stelle, an der die Verächtung stand, mindestens ebenso auffällig. Aber dem Buchstaben des Gesetzes mußte Genüge geschehen.

Dem Redacteur des Wochener Partei-Organs, Genossen Wolf, wurden 300 M. Geldstrafe auferlegt, weil er den Reichstags-Abgeordneten Franken beleidigt haben soll.

Gewerkchaftliches.

Verln und Umgegend.

Der Arbeitgeberbund für das Maurer- und Zimmerergewerbe hat an das Gewerbegericht unter dem 18. Juli folgendes Schreiben gerichtet:

„Mit Bezug auf die geehrte Zuschrift vom 15. d. M. teilt der unterzeichnete Vorstand des Arbeitgeberbundes, gleichzeitig im Namen der Herren Döbler, Westphal, Gerhardt, Laßmann und Jauber, Held und Franke ergebenst mit, daß er sich nicht zur Ausrufung des Einigungsamts bereit finden kann.

Dagegen ist der Arbeitgeberbund durch seine hierzu zu bestellenden Vertreter bereit, sowohl mit den Zimmerern, Putzern und Bauarbeitern zu verhandeln und ersucht das Gewerbegericht zu Verlin, die bezüglichen Vertreter dieser Kategorien davon in Kenntnis zu setzen. Zweck Stellungnahme zu den Forderungen dieser Gruppen hat der Vorstand auch bereits eine Generalversammlung des Bundes zum Freitag einberufen.

Schließlich teilen wir noch mit, daß auch die Firmen Laßmann und Jauber, Held und Franke dem Bunde angehören.

(Unterschrift des Vorstandes.)“

Sache der betreffenden Gewerkschaften ist es nun, hierzu Stellung zu nehmen.

Die Bauarbeiter hatten gestern Abend eine außerordentlich stark besuchte Versammlung bei Kessler. Sie nahmen Kenntnis davon, daß der Arbeitgeberbund nicht das Einigungsamt anrufen, aber mit ihren Vertretern verhandeln will. Nach lebhafter Debatte wurde gegen drei Stimmen beschlossen, das Resultat der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes abzuwarten und zu sehen, wie weit der Bund den Bauarbeitern entgegenkommt. Die Lohnkommission wurde beauftragt, auf schnellstem Wege beim Vorstände des Bundes vorstellig zu werden.

Achtung, Schuhmacher! In der Filzschuh-Fabrik Emil Pinner Nachf. Fab. Ronasse, an der Stadtbahn 41, ist wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt worden. Die Ortsverwaltung des Vereins Deutscher Schuhmacher hat alles versucht, die Differenzen beizulegen, es ist mit dem Inhaber der Firma, wie auch mit dem Verbands der Schuh- und Schäftefabrikanten zu wiederholten Malen verhandelt worden. Die Verhandlungen mit dem Inhaber waren resultatlos, dagegen hat sich der Verband bereit erklärt, die Sache heute in einer Versammlung zu regeln, am später mit den ausständigen Arbeitern, auch mit den Vertretern des Vereins der Schuhmacher einen Beschluß herbeizuführen. Siehe Inserat: Große öffentliche Versammlung, Oramenstr. 188.

Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung der dänischen Arbeiter.

mit der wir uns in dem heutigen Leitartikel beschäftigten, ist für die Arbeiter aller Länder eine eindringliche Lehre und Mahnung. Wer noch daran zweifelte, daß zwischen Unternehmertum und Arbeiter ein Klassenkampf tobt, wird durch diese Waffenassperrung von seinem Irrtum geheilt. Die Arbeiter denken nicht an Vergewaltigung der Unternehmer; die Unternehmer denken nicht an Vergewaltigung der Arbeiter. Die Arbeiter sollen ihre Organisationen beraubt und den Unternehmern auf Gnade und Ungnade überlassen werden. Das ist die Lehre.

Und an die Lehre knüpft sich eine Mahnung. Mit den dänischen Arbeitgebern machen die Arbeitgeber aller Länder, namentlich auch die deutschen, gemeinsame Sache. Das Kapital führt seinen Kampf international. Das mahnt die Arbeiter, ihrerseits, international zusammenzutreten.

Heute mir, morgen Dir! Erliegen die dänischen Arbeiter, so schwillt den Kapitalisten aller anderen Länder der Kampf, und sie gehen gleichfalls gegen die Arbeiter vor. Wie die Geldläde, so müssen auch die Arbeiter gemeinsame

Sache machen. Die Niederlage der dänischen Arbeiter wäre eine Niederlage auch für die Arbeiter aller anderen Länder. Sie muß also verhindert werden. Und das kann nur dadurch geschehen, daß die Arbeiter aller anderen Länder, so weit es in ihrer Macht ist, die dänischen Arbeiter unterstützen.

Die deutschen Arbeiter werden ihr Klasseninteresse zu wahren wissen, indem sie ihre internationale Pflicht erfüllen.

Steinarbeiter-Ausstand. Eine am Montag in Dunsau abgehaltene Distriktsversammlung der Steinmeyer-Gewerkschaft beschloß den Generalstreik aller Sandsteinarbeiter Schlesiens, vorläufig mit Ausnahme der Stadt Breslau, zu proklamieren wegen Differenzen in der Auslegung des in Dunsau noch bis zum 1. März 1900 gültigen Lohnarifs. Ausständig sind 630 Mann, wovon ein Teil bereits abgereist ist.

Ueber die Ketteken - Versammlung der Bochumer Knappschaffskasse, über die wir bereits gestern berichteten, werden uns noch folgende Einzelheiten mitteilen: Die Vorstandswahlen zu der genannten Kasse finden am 22. Juli statt. Anwesend waren 165 Ketteken, 35—40 fehlten, darunter 18 ausständig. Sogenannte „Gemeinhäute“ waren nur 20—25 anwesend. Da 131 Stimmen die absolute Majorität ist, so kann der Sieg der Opposition als gesichert gelten. Der Vorsitz wurde von je einem Vertreter der beiden Verbände paritätisch geführt. Vorsitzender Ernst vom Gewerksverein sprach sich entschieden für ein gemeinsames Vorgehen aus, die Vergangenheit wolle man ruhen lassen; nicht eine einzige Stimme bekämpfte diese Meinung. D. H. u. G. trat im Namen des Verbandes ebenfalls für die Einigkeit unter allen Umständen und bei allen wichtigen Fragen ein; da würden sich die Härten abhelfen und die Vergleiche ein gemeinsames Vorgehen gern anerkennen. Auf die heutige Versammlung blühten die Arbeiter Deutschlands und alle Arbeiterfreunde. Wir mühten durch unsere Einigkeit den Gegnern die Bedeutung ihrer Abstimmung am nächsten Sonnabend zeigen. Von den hierzu nominierten 13 Kandidaten gehören sieben dem Vergarbeiter-Verbande und sechs dem Gewerksverein an; wenn bei der nächsten Vorstandswahl die gleiche Zahl zu wählen ist, soll der Gewerksverein 7 Kandidaten bekommen.

Auf Antrag Hübels wurde noch eine Kommission von 10 Mann, je fünf aus jeder Vereinigung, gewählt, welche zunächst ein Aktionsprogramm in Knappschaffsfragen entwerfen soll. Die äußerst günstige Stimmung, die in der Versammlung herrschte, läßt für die Zukunft ein gedeihliches Zusammenwirken der Vergarbeiter-Organisationen Deutschlands in allen wichtigen Fragen erwarten. Die nächsten Wahlen am 11. November vorigen Jahres waren jedenfalls noch günstiger für die Opposition ausgefallen, wenn damals schon größere Eingeleit unter beiden Organisationen geherrsch hätte.

Der Streik der Verlenarbeiter im Fichtelgebirge ist beendet. Es ist den Arbeitern gelungen, die geforderten Forderungen durchzubringen, sobald man von einem vollständigen Sieg sprechen kann. Man muß bedenken, was dieses zu bedeuten hat, wenn man sich vor Augen führt, daß es den 200 Ausständigen fast an jeder Unterstützung fehlte. Der Streik dauerte vom 1. Mai bis zum 12. Juli. Als ausgesperrt sind noch 20 Mann zu betrachten, denen es edoch in kurzer Zeit gelingen dürfte, unterzukommen.

Die Wiesbadener Glasermeister haben sich bei Zahlung einer hohen Konventionstrafe verpflichtet, die Gesellen, die am Montag die Arbeit niedergelegt haben, ein volles Jahr nicht mehr zu beschäftigen. Die Streikenden fassen diese Drohung nur als einen Schredsdich auf und beharren auf ihre Forderungen.

Es geht auch ohne Zuchtstrafung. In Augsburg hatte der Mutter St. einem Streikbrecher auf offener Straße die Worte zugerufen: „Du läßt Deine Kameraden im Stich. Du trauriger Kerl! Wenn wir gewinnen, löst Ihr Euch doch nicht halten.“ — Dieses „Staatsverbrechen“ muß natürlich gerochen werden und St. muß laut Urteil des Schöffengerichts 8 Tage in die „Staatspension“.

Sociales.

Vom Grubenunglück in Herne. Aus Herne wird vom 18. Juli gemeldet: Von den infolge des Grubenunglücks im Hög „Sonnenstein“ vermählten vier Vergleuten wurden heute früh zwei tot aufgefunden.

Gemäßigert wurde ein Eisenbahn-Hilfsarbeiter durch die Direktion Altona. Der Verurteilte hatte das Verbrechen begangen, in einer Versammlung der Mitglieder der Eisenbahn-Betriebskrankenlosen gesprochen zu haben. Nicht etwa, daß er gegen die Direktion „gehetzt“ hätte, er hatte nur den Wunsch geäußert, daß das Krankengeld vom ersten Tage an gezahlt werden möchte. Das ist in der That eine sonderbare Socialpraxis.

„Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben.“ Die unsere Grubenverwaltungen diese Devise aufwachen, geht aus einem uns vorliegenden Bericht aus dem Waldenburger Revier hervor. Dort wird auf dem zu den Schlesiischen Kohlen- und Coalkwerken gehörenden „Gomoni“-Schachte jedem Arbeiter, der Sonntags zur Vereinfachung bestellt wird und nicht erkrankt, ein halbes Schichtlohn abgezogen. Dabei wird für die Sonntagsfrachten nur 2.80 M. bezahlt, während der Normallohn 3 M. beträgt. Die Schichtlöhne werden überhaupt sehr verschieden bezahlt. Kein Wunder, daß der Zug nach Westen immer stärker wird und die Klagen über Arbeitermangel nicht aufhören.

Ohne Zuchtstrafung. Vorige Woche wurden auf Veranlassung der Gutsherrschast auf Neu-Niedhöhr bei Gnieu, Medlenburg, 16 Schmitter und 14 Schmitterinnen durch einen Gendarmerie-Wachmeister wegen Arbeitsverweigerung verhaftet. — Man sieht also, daß das Zuchtstrafungsgesetz, womit beschäftigt wird, Arbeitswillige zu schätzen, für Medlenburg hauptsächlich eine Spätgeburt ist. Die gefährliche Ausbeutungskunst in Medlenburg ist den ostelbischen Agrariern um einige Rosenlängen voraus.

Eine schwere Anklage gegen die Arbeiter der thüringischen Porzellanfabriken erhebt ein dortiger Bezirkarzt, indem derselbe dem altenburgischen Fabrikinspektor schreibt: „Besondere gewerbliche Krankheiten sind 1898 unter den Fabrikarbeitern des Herzogtums nicht bemerkt worden, nur daß nach wie vor unter den Porzellan-Landwehern und -Malern Lungenschwindhust häufiger vorkommt als bei der übrigen Bevölkerung, weil welder sie hier verhältnismäßig selten ist. Zweifelloser aber ist, daß als Ursache dieser Erkrankungen weniger Verunreinigungen, wie Staub, schlechte Luft und dergleichen, in Anspruch genommen werden müssen, als vielmehr der periodisch übermäßige Alkoholgenuß und die unfolide und trotz hohen Verdienstes oft recht dürftige Lebensweise der Leute. Letzterer Umstand verlohnt es auch sicher, daß unter den Kindern der Porzellanarbeiter Stomatose und Magitis häufiger beobachtet werden, als in anderen Familien.

Es wäre wünschenswert, daß die organisierten Porzellanarbeiter sich zu diesem schweren Vorwurf des betreffenden Arztes äußern.

Soldaten als gewerbliche Arbeiter. Die Fälle, wo Soldaten zu gewerblichen Arbeiten abkommandiert werden, mehren sich. Stürzlich berichteten wir, daß Soldaten an einem Bau, der von den Bauarbeitern wegen zu geringer Löhne verlassen worden war, beschäftigt wurden, sodann konnten wir mitteilen, daß freitende Keller durch Soldaten erledigt wurden, und jetzt berichtet unter Kieler Parteiblatt folgendes: Seit mehreren Tagen sind Marinemannschaften der kaiserlichen Patrosen-Artillerie damit beschäftigt, für den Unternehmer Brüh Steinloblen und Baumaterialien zu löschten und zu verladen. Daß Soldaten, die auf Kosten des Volkes erhalten werden, billiger arbeiten können, als freie Arbeiter, liegt auf der Hand, und daß dieselben infolge dessen von den Unter-

nehmern bedrängt werden, ist erklärlich. Gerade deshalb aber sollte der Militärischismus sich hüten, gewerbliche Arbeiter durch Soldaten auslösen zu lassen, denn jede solche Abkommandierung läuft in ihrer Wirkung auf eine Lohnrückerei hinaus.

Eine Lohnstatistik der Schweizerischen Eisenbahner, an deren Aufnahme und Beendigung der Bund einen Beitrag von 9000 Fr. leistete und die sich auf 11 789 Eisenbahner erstreckte, wovon 7540 verheiratete 24 099 Kinder hatten, während 1249 ohne solche waren, ergab, daß 1895 vor der Lohnbewegung die jährliche Durchschnittsbezahlung 1573 Fr., 1898 aber 1853 Fr., d. h. um 280 Fr. mehr betrug. Die Steigerung macht 17,8 Proz. Dabei sind die Oberbeamten in die Statistik nicht einbezogen. Die von den fünf Hauptbahnen gezahlte Lohnsumme beträgt jetzt 25 482 725 Fr., wovon 39 540 Personen leben müssen.

Aus der Frauenbewegung.

Ein internationaler Verband fortschrittlicher Frauen hat sich nach Schluß des Frauenkongresses in London gebildet. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die hier versammelten Frauen aller Länder beschließen, zu einer gemeinsamen internationalen Aktion und Propaganda zusammenzutreten behufs Erlangung der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Gleichstellung des weiblichen Geschlechts.“ Der Verband wurde auf Anregung von deutscher Seite geschlossen, und Deutschland ist hier durch Wilma Gauer, Dr. jur. Augsburg, A. Popprig und Dr. Käthe Schirmacher vertreten. Hrl. Schirmacher übernahm im Hinblick auf die internationalen Frauenkongresse in Paris 1900 vorläufig das Sekretariat für die einleitenden Korrespondenzen.

Die Amazonen Luegers, — die antisemitischen Frauen Wiens, — lassen die „Staatsbürger-Zeitung“ nicht schlafen. Sie giebt sich alle erdenkliche Mühe, den „deutschen“ Frauen die „jedem Deutschen der Gegenstand heiligster, heiligster Verehrung“ sind, ihre Pflicht als Bürgerinnen klar zu machen. Kürzlich rief sie sie in einem langen Leitartikel wieder zu den Fahnen und forderte von ihnen, bei keinem Juden zu kaufen und für das Deutschtum einzutreten. Wir fürchten, die lieben deutschen Spielbürger haben bei ihren Bemühungen, die Frauen geistig und physisch in Knie und Kinderfüße einzuschließen, so guten Erfolg gehabt, daß es jetzt vergebene Liebeshübe sein wird, sie plötzlich als „Bürgerinnen“ auf das Forum zu locken.

Sitgelegenheit für Verkäuferinnen. Das englische Oberhaus hat seinen dem Gezeugen seine Zustimmung gegeben, wonach die Adeninhaber gezwungen werden, ihren repräsentativen Stühle zu stellen und das Niederstehen zu gestatten. Erwiesenermaßen ist der Zwang, stundenlang zu stehen, wie er unausweichlich in fast allen Geschäften auf die Verkäuferinnen ausgeübt wird, die Ursache schwerer, oft unheilbarer Krankheiten. Der Fortschritt in der englischen Gesetzgebung ist größtenteils der von der Frauenbewegung ausgehenden energischen Agitation zu verdanken.

Unternehmer-Verbände.

Vereinigung der Seifenfabrikanten von Rheinsand und Westfalen. Die Seifenherzeugung ist seit Jahren inwändig geworden. Besonders waren die Preise der hauptsächlich aus Leinöl hergestellten Schmierseifen derart gedrückt, daß ihre Herstellung geradezu verlustbringend geworden war. Bei einer allmählich, aber stetig sich vollziehenden Steigerung der Preise für Leinöl bis zu 80 Proz. blieben die Seifenpreise dieselben, weil die Händler sich sträubten, höhere Preise anzulegen, und zwar unter Hinweis auf die billigen Verkäufe mancher Konsumgeschäfte, die Schmierseifen, allerdings meist geringwertige Erzeugnisse, zu Preisen verkaufen, zu denen eine wirklich gute Seife nicht herzustellen war. Um diesen unhaltbaren Zustande ein Ende zu machen, haben die Schmierseifen-Fabrikanten von Rheinsand und Westfalen eine Vereinigung gegründet, deren Mitglieder zur Innehaltung von einheitlichen Preisen streng verpflichtet sind. Sämtliche in dem Verbandsbezirke wohnenden Fabrikanten — etwa 80 — sind der Vereinigung beigetreten und werden fortan die Seifenpreise nach dem jeweiligen Stande der Rohstoffe festsetzen. Dies ist zunächst am 30. Juni in einer Versammlung in Köln geschehen.

So die Herren Unternehmer. Wenn aber die Arbeiter sich verbinden, um den oft unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen, wenn sie durch Vereinigung versuchen, ihre Ware, die Arbeitskraft, zu möglichst „einheitlichen“ Preisen an den Mann zu bringen, kann ist großes Geschrei bei den Fabrikanten über Terrorismus, Unbotmäßigkeit, und der brutale Kampf gegen die Arbeiter beginnt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 18. Juli. (W. Z.) Die „Reif. Ztg.“ meldet aus Paris: Der Disciplinarat der Universität verhandelt heute gegen den Professor Syveton vom Lyceum in Reims. Er ist angeklagt, sein Lehramt zu politischer Propaganda mißbraucht zu haben. Er wurde für ein Jahr und einen Tag vom Amte suspendiert.

Darmstadt, 18. Juli. (W. Z.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer interpellierte der Abgeordnete David die Regierung über die Gründe der Pensionierung des Ober-Schulrates Schiller, und ob eine Wiederanstellung des verdienten Schulmannes in Aussicht genommen sei, wenn das Disciplinarverfahren durchschlagende Gründe für eine Nachregelung nicht ergebe. Schriftlich wurde angefragt, was die Regierung zur Heilung des sehr gefährdeten heffischen Schulwesens zu thun gebe. — Der Staatsminister erklärte sich durch eine Journalschrift an die Kammer bereit, die Interpellation in Sachen Schiller zu beantworten, sobald sie auf die Tagesordnung gesetzt werde. Die Kammer beschloß, den Minister zu ersuchen, die Interpellation noch heute zu beantworten; dieser ließ darauf sagen, daß er in der Sitzung erscheinen werde.

London, 18. Juli. (W. Z.) Die Amerikaner erlitten auf den Philippinen neuerdings eine große Schlappe; die Situation der Amerikaner soll ernst sein.

London, 18. Juli. (W. Z. W.) Im Unterhaus wurde bei der Beratung des Beschlusses über den Gezeugenwurf betreffend den Verkauf von Nahrungsmitteln ein von der Regierung bekämpfter Interantrag Lamberts, nach welchem die Einfuhr und der Verkauf von Margarine, die wie Butter gefärbt ist, für gefegwidrig erklärt werden sollte, mit 297 gegen 68 Stimmen abgelehnt.

Victoria, 18. Juli. (W. Z. W.) Im Volkstraad wurde heute die Beratung des Gezeugenwurfs betreffend das Wahlrecht fortgesetzt. Auf eine Anfrage erwiderte Kröger, Wilners Vorschläge gingen zu weit; würden sie angenommen, so würden die alten Entzenders überstimmt werden. Die Abänderung, daß nur sieben statt neun Jahre Aufenthalt im Lande zur Erwerbung des Stimmrechts nötig sein sollen, sei unbedeutend, und er — Kröger — trete aus Gründen der Gleichheit und Rechtlichkeit für die selbe ein. Diese Abänderung bringe allen dieselben Vorteile und entziehe den englischen Einwendungen den Boden. Das Land laufe durch diese Abänderung keine Gefahr, sondern werde sich im Gegenteil den Vorfällen der ganzen Welt erwerben. — Der Volkstraad nahm alsdann mit 21 gegen 5 Stimmen einen Beschlußsantrag an, nach welchem allen Mitgliedern, die am Tage der Veröffentlichung des Gesetzes sich seit sieben Jahren in Territorial aufhalten, das volle Wahlrecht zugebilligt wird.

Kapstadt, 18. Juli. (W. Z. W.) Im Parlamente fragte Gordon Sprigg, ob der Premierminister eine Erklärung über die politische Lage abgeben wolle; Premierminister Schreiner erwiderte, er bitte, von einer solchen Diskussion in einem Augenblicke abzusehen, wo die Schiffsanfahrts Republik die Einführung von Reformen in Erwägung ziehe; eine solche Diskussion würde den guten Absichten Transvaals nicht dienlich sein.

Das System Münsterberg in der städtischen Armenpflege.

Der Fall Entsch-Kose hat die öffentliche Aufmerksamkeit wiederum auf Schäden innerhalb der hiesigen Armenpflege gerichtet. Es wäre die Annahme irrig, daß es sich in dem Fall des Armenvorsteher Kose um eine vereinzelte Erscheinung handele. Solcher Annahme widerspricht schon die Thatsache, daß eine Reihe von Armenkommissionsmitgliedern eine Art Ehrenrettung des Herrn Kose versuchen. Das Typische des Falles Kose liegt nicht in der von diesem Herrn gebrauchten beleidigenden Redeweise, sondern darin, daß ein völlig falsches System bei der Unterstützung Armer in Berlin zur Geltung gelangt. Die Armenverwaltung hat in erster Linie darauf zu achten, ob Not vorliegt, und hat der Not — gleichviel aus welchem Grunde sie eingetreten ist — schleunigst abzuhelfen. Entgegen dieser grundsätzlichen auch in der Geschäftsverweisung für die Armenkommission anerkannten Richtsinn hat sich in der Armenverwaltung Berlins leider immer stärker die Anschauung Bahn gebrochen, als ob erste Pflicht einer Armenverwaltung Fiskalismus sei. Statt den Hauptaccent darauf zu legen, daß einer Not abgeholfen wird, ist das System eingerissen, in wachsendem Maße zu recherchieren, ob der Verarmte nicht von einem alimentationsverpflichteten Verwandten oder Ehegatten zu unterstützen oder sonstwie abzufriedeln sei. In der Stadtverordneten-Versammlung und in unserem Blatt ist wiederholt auf die schweren Schädigungen hingewiesen, die durch solch unangebrachtes Sparsystem der einzelne und die Allgemeinheit erleiden kann. Der fiskalische Standpunkt wird am lebhaftesten von dem sogenannten „System Münsterberg“ verteidigt. Vergänglich wendeten sich unsere Genossen im Notensause gegen die Wahl dieses Herrn zum Stadtrat. Vergänglich wurde von ihnen betont, daß mit Ernennung des Herrn Münsterberg das Prinzip des Fiskalismus und damit das der Ungerechtigkeit und Einseitigkeit auf Kosten der Leidenden und Armen sich breit machen würde. Herrn Münsterberg hatten die Hamburger kaum verabschiedet, als er hier zum Stadtrat gewählt und ihm das Bürgerrecht, das er wegen der Kürze seines hiesigen Aufenthaltes hier noch nicht erworben hatte, besonders verliehen wurde. Das „System Münsterberg“, wie wir es kurzweg bezeichnen, wird keineswegs allein vom Stadtrat Münsterberg gepredigt. Der Fiskalismus in der Stadtverwaltung, der Aufbau der mangelhaften Selbstverwaltung und das kurzfristige Interesse bürgerlicher Kreise an Verewigerung und Verhinderung von Armenunterstützungen hat dies System zu einer bedrohlichen Macht anwachsen lassen. Seinen abstraktesten Ausdruck fand dies System im September vergangenen Jahres auf dem Armenpflegegange zu Nürnberg. Dort wurde vom Gelehrten verlangt, den Armenverwaltungen das Recht einzuziehen, Ehemännern und Kindern, die sich nach Ansicht der Verwaltung ihrer Alimentsverpflichtung böswillig entziehen, in Verwaltungswege — ohne Richterpruch — auf Jahre oder gar auf Lebenszeit ins Arbeitshaus zu senden. Dies Verlangen war selbst der magistratsfreundlichen „Vossischen Zeitung“ zu viel. Sie wendete sich gegen dasselbe mit Entschiedenheit. Stadtrat Münsterberg plauderte in derselben Zeitung dann lebhaft für dies System. Die „Vossische Zeitung“ scheint sich nunmehr auch zu dem System Münsterberg bekehrt zu haben. Zwar tritt sie noch nicht dafür ein, über Verwondene Armer und über die selbst in Verwaltungswegen eine Strafe verhängen zu lassen, die wenig hinter einer verwaltungsmäßigen Verbannung nach Sibirien — Ausland hat ja diese Verwundung längst erheblich eingeschränkt — zurückbleibt. Aber in ihrer jetzigen Nummer widmet sie der Berliner Armenpflege einen Leitartikel, in dem sie bereits all ihre Hoffnung für eine Verbesserung der Berliner Armenpflege auf — Herrn Münsterberg setzt. Die Vossische will mit einemmale entdecken, daß die früheren Leiter der Armenverwaltung — Stadtrat Koelbecker und Stadtrat Tourbié — an der Miere der Berliner Armenpflege Schuld seien und daß Herr Münsterberg der einzige geeignete Mann für eine Reform sei. Mit nichten. Seit der Bestallung des Herrn Münsterberg hat sich die Lage der Armen in Berlin leider erheblich verschlechtert. Die Räume, welche für Aufnahme Verarmter bestimmt sind, sind überfüllt. Feinschmeckende, rigorose Verhandlungen gegen Alimentsverpflichtete haben sich vermehrt. Die Klagen Armer über rigoroses Vorgehen von Armenkommissionen, über Langwierigkeit bei der Ausstellung von Armenattesten usw. sind stärker geworden. Der Geist der Fiskalität und des Bureaucratismus ist gewachsen. Und daraus ist nicht zum letzten das System Münsterberg faul, das bestricht ist, der Reitere nach der Möglichkeit, die Stadtkasse zu entlasten, einen allzuweiten Spielraum zu verschaffen. Innerhalb der 265 Armenkommissionen sitzt fast kein einziges socialdemokratisches Mitglied. In verschiedenen dieser Armenkommissionen hat der Geist der Fiskalität über den der Nächstenliebe und werthätiger Hilfsbereitschaft gesiegt. Gewiss können und werden in jeder großen Verwaltung einzelne Mißstände vorkommen, an denen die Oberleitung selbst völlig unschuldig ist. Nicht so steht das aber mit dem Fall Entsch. Die plötzliche Entziehung des Armegehalts, welche die arme Frau zu der verzweifelnden Thatsache veranlaßt, widerspricht allerdings der Geschäftsverweisung. Sie wäre aber kaum möglich gewesen, wenn nicht im letzten Jahr von den bureaucratischen Elementen der Armenverwaltung — vom Assessorat bis zum Stadtrat — die Frage eine immer stärker Betonung gefunden hätte: wie kann die Stadt Alimentsverpflichteten zu ihrer Pflicht zwingen? Dies System muß notwendigweise bei Armenvorstehern die irrige Meinung aufkommen lassen, als ob nicht die Fürsorge für Hilfsbedürftige in erster Linie ihre Aufgabe sei und konnte gar zu dem Mittel veranlassen, einer Hilfsbedürftigen Frau durch Zuschuß ihres verkommenen Ehemanns, mit dem sie in Scheidung lebt, zu helfen. Der Geist werthätiger Liebe und des Gemeinsinns, nicht der egherrigen Fiskalität muß in einer Armenverwaltung herrschen. Das wird in Berlin nur dadurch zu erreichen sein, daß in den Selbstverwaltungskörpern — Armenkommissionen, Armenverwaltung, Stadtverordnetenversammlung und Magistrat — Anhänger der größten politischen Partei Deutschlands und Berlins eine der Größe ihrer Partei entsprechende Vertretung finden. Dann wird es leichter wie heute werden, jene, die Hilfsbedürftigkeit heucheln, als heuchelnde Schmarotzer zu erkennen, der wirthlichen Not hilfsbereit zur Seite zu stehen und — last not least (d. i. leichtes, aber nicht unwichtiges) — der Hilfsbedürftigkeit durch Maßnahmen der Allgemeinheit vor- zu beugen. Die Arbeiterschaft Berlins wird nicht verfehlen, durch unermüdbare, rechtzeitige Agitation unter den Indifferenten bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen neue Siege zu erringen und durch diese Siege auch die Mißstände auf dem Gebiet des Berliner Armenwesens zu verringern.

Lokales.

Die Gesang-Vereine, welche sich erboten haben, zum Vollenfest des 6. Wahlkreises in Weichensee mitzuwirken, werden ersucht, zur Probe am Freitag, den 21. Juli, Punkt 7/8 Uhr im Kolberger Salon pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Das Komitee.

Zur Lokalliste. In den Orten Köhlenbed, Kollersdorf und Buchhorst steht der Arbeiterchaft kein Lokal zur Verfügung. Die Wirtschaft in Buchhorst ist nur durch einen Irrtum der Lokalkommission auf die Liste gekommen.

In der Lokalliste befindet sich ferner ein Druckfehler. Der Wirt vom „Müggelheim“, Groß-Kranpe, heißt **Willy** Kroppens, nicht Proppens, wie es in der Liste heißt.

Das Wachstum der Bodenwerte in Berlin ist in den letzten 50 Jahren geradezu ungeheurer gewesen. Anfangs der vierziger Jahre waren in Berlin etwa 5800 Morgen Land mit 8400 Häusern bebaut, die den Feuerfassenwert von circa dreihundert Millionen Mark betragen, was einem Bodentwert von zweihundert Millionen etwa gleichkam. Im abgelaufenen Steuerjahr betrug die Zahl der bebauten Grundstücke in Berlin 24 773, mit einem Nuzertrage von 313 865 183 Mark. Der eigentliche Bodentwert dürfte danach auf 3/4 bis 4 Milliarden Mark zu veranschlagen sein; somit hätte sich der Wert des Grund und Bodens in Berlin in den letzten 50 Jahren um das 20fache vergrößert. Daß hierbei die Kosten Handel und Gewerbe tragen, liegt auf der Hand, giebt es doch in Berlin kaum einen Geschäftsladen, der nicht zum mindesten 2-3000 M. jährliche Miete kostet, während der Durchschnittswert einer Wohnung auf 600 M. angenommen wird. Interessant ist es zu erfahren, daß beispielsweise der Feuerfassenwert der Grundstücke in dem historischen Stadtteil „Berlin“ Anfang der 40er Jahre circa 40 Millionen Mark betrug. Heute beläuft sich allein der Nuzungs-wert der Grundstücke in diesem Stadtteil auf ca. 10 Millionen Mark. Im Stadtteil Köpenick betrug damals der Tagewert 24 Millionen, in der Friedrichshagen ca. 70 Millionen, im Spandauer Revier ca. 50 Millionen, in der Luisenstadt 30 Millionen, in Friedrichswerder 12 Millionen Mark. Heute giebt es in Berlin 20 Grundstücke mit einem Flächenraum von 14 500 Quadratmeter (6 Morgen), die einen Wert von 29 Millionen repräsentieren, pro Quadratmeter also 2000 M., oder insgesamt gleich dem Werte der alten Luisenstadt, 600 Häuser mit einem Flächenraum von 450 000 Quadratmeter (200 Morgen) repräsentieren heute den Wert des ganzen Berlins vor 50 Jahren, nämlich über 300 Millionen Mark.

Diesem Wucher haben wir die Steigerung der Wohnmieten zu verdanken, hier mag die „Post“ ihre Entrüstung ausdrücken, die wirrige Erhöhung der Arbeitslöhne kann solche Preistreibereien nicht hervorrufen. Das Ausbeuterorgan wird sich aber hüten, gegen die Profitgier seiner Klasse ein Wort des Mißfallens zu äußern; es hat nur die Aufgabe, die Arbeiterbewegung mit Sämereien zu besäen; in der Wahl der Mittel ist es nie wählend gewesen, Zug und Fing war immer seine stärkste Waffe.

Ueber die Verurteilungen wegen Vetelei und Obdachlosigkeit. Die 1898 beim Amtsgericht Berlin I. Abteilung am Alexanderplatz, erfolgten, liegt jetzt eine Veröffentlichung des Berliner Statistischen Amtes vor. Danach waren 1898 die Verurteilungen wegen Vetelei viel seltener, die wegen Obdachlosigkeit nur wenig zahlreicher als 1897. Verurteilt wurden 1898 (bezw. 1897) wegen Vetelei 4562 (5561) verschiedene männliche Personen 6534 (8017) mal, 112 (108) weibliche 166 (164) mal, wegen Obdachlosigkeit 1163 (1123) männliche 1397 (1308) mal, 49 (40) weibliche 63 (47) mal, überhaupt wegen dieser beiden Verbrechen 5882 (6310) verschiedene männliche Personen 7931 (8385) mal, 143 (138) weibliche 229 (211) mal. Viele wurden in demselben Jahre mehrfach bestraft — 1898 wegen Vetelei bis 8 mal, wegen Obdachlosigkeit bis 5 mal — manche sogar wegen beider Verbrechen, jedoch die oben mitgeteilte Zahl der überhaupt Verurteilten nicht gleich der Summe der wegen Vetelei und der wegen Obdachlosigkeit Verurteilten ist. In den 5 Jahren 1894 bis 1898 wurden überhaupt wegen beider Verbrechen zusammen 23 610 verschiedene männliche Personen 47 423 mal, 615 weibliche 1258 mal bestraft; das Maximum war bei einem Manne 35 mal, bei einer Frau 15 mal — in 5 Jahren. Im Jahre 1898 (bezw. 1897) wurden außerdem beim Amtsgericht Berlin I. Abteilung Moabit, wegen Vetelei männliche Personen 1964 (2497) mal, weibliche 117 (3) mal, wegen Obdachlosigkeit männliche 24 (0) mal, weibliche 1 (0) mal verurteilt. Ueber die Moabit Fälle fehlt jede weitere Angabe. Dagegen macht das Statistische Amt zu den am Alexanderplatz erfolgten Verurteilungen ausführliche Mitteilungen über die persönlichen Verhältnisse der Verurteilten. Beachtenswert sind die die Männer betreffenden Angaben, während sich bei den Frauen wegen der Kleinheit der Zahlen ein näheres Eingehen auf diese verbietet. (Bei den Frauen stehen aber den wenigen Verurteilungen wegen Vetelei und Obdachlosigkeit zahlreiche — 1898: 13 110 — wegen Sittenpolizei-Kontrollvergehen gegenüber) 1898 waren an den Verurteilungen männlicher Personen von den Verurteilten an zahlreichsten beteiligt: bei Vetelei 2415 Arbeiter, 853 Schloffer, 310 Schuhmacher, 289 Schneider, 203 Kaufleute, 240 Fischer, 188 Hausdiener und Aufwärter usw., bei Obdachlosigkeit 642 Arbeiter, 74 Schneider, 67 Hausdiener und Aufwärter, 49 Schuhmacher, 47 Fischer, 46 Schloffer usw. Von den Jahreszeiten hatte, wie immer, das Maximum der Verurteilungen im Winter: Vetelei 954, Obdachlosigkeit 172, das Minimum der Sommer (Juli: Vetelei 326, Obdachlosigkeit 76). Dieser Gegensatz zwischen Winter und Sommer war am ausgeprägtesten bei den Arbeitern ohne weitere Angabe (Vetelei: Januar 306, Juli 111, Obdachlosigkeit: Januar 92, Juli 35), ähnlich bei den Bauarbeitern, namentlich bei den Maurern (Vetelei: Januar 25, Juli 4, Obdachlosigkeit: Januar 4, Juli 1). Der Einfluß der Arbeit- oder Zunahme der Arbeitsgelegenheit ist in diesen Zahlen deutlich erkennbar. Von den Altersklassen waren, wie alljährlich, am stärksten vertreten: bei Vetelei die Klassen 30-40 und 40-50 Jahre mit 1741 und 1773 Fällen, bei Obdachlosigkeit die Klassen 20-30, 30-40, 40-50 Jahre mit 375, 304, 288 Fällen. Geburtsort der Verurteilten war bei den Verurteilungen wegen Vetelei 981 mal Berlin, 1343 mal Provinz Brandenburg, wegen Obdachlosigkeit 333 mal Berlin, 269 mal Provinz Brandenburg; in den übrigen Fällen waren die Verurteilten meist in den übrigen Provinzen, besonders in Schlesien, geboren, was aber nicht ausschließt, daß auch von diesen viele schon seit langem in Berlin oder der näheren Umgegend gewohnt hatten.

Fahrraddieb. Die Kriminalpolizei hat einen auswärtigen Fahrraddieb, der angeblich Wilhelm Stemmler heißen, Küpperschmied, am 19. Februar 1879 zu Jülich geboren und aus Münster am Rhein fremd hier zugezogen sein will, festgenommen. Der angebliche Stemmler hatte sich bereits in ein Logis am Schiffbauerdamm eingemietet und wurde in dem Moment festgenommen, als er unter verdächtigen Umständen ein sehr gut erhaltenes Fahrrad Marke „Worburg“ Nr. 1888 in einem Fahrradgeschäft der Zimmerstraße zum Kauf anbot. Bei einer von der Kriminalpolizei sofort vorgenommenen Durchsuchung des genannten Logis wurden noch zwei neue Fahrräder vorgefunden, die St. sich inzwischen mittels Eilfracht aus Alma i. B. und aus Braunschweig an die Adresse von „Werner Häbich“ hatte kommen lassen. Es sind das die Marken Halle Nr. 6335 und Düsseldorf Diana Nr. 91004.

Wie nun die Kriminalpolizei weiterhin bereits ermittelt hat, ist ein dieser Räuber in Bielefeld geflohen. Die Kriminalpolizei glaubt danach, in St. einen jener Diebe ermittelt zu haben, die mit Fahrraddieben anderer Städte in Verbindung stehen und die hier nur zeitweise zuziehen, um das gestohlene Gut an den Mann zu bringen.

„Schwere Jungen“ haben dem Hause Velfortstr. 18 einen Besuch abgestattet. Dort wohnen im ersten Stock die Familien des Cigarettenfabrikanten Freyer und des Zimmermanns Rau an einem Tag. Um 11 1/2 Uhr vormittags klingelte ein junger Mann dort und fragte die allein anwesende Frau Rau nach einem gewissen Schöning; dann hat er, wie Frau R. ihrem Manne das Mittagessen nach der Arbeitsstunde zug. Diese Zeit hat eine Endrednerbande zu einem lohnenden Beutegang benutzt. Frau R. fand bei der Rückkehr die Zugangstür mit einem Knauschloß geöffnet vor. Im Innern waren alle Behälter erbrochen. Ebenso hatten die Spitzbuben die Wohnungsthüren Freyers und dreinnen Kisten und Kästen erbrochen und durchsucht. Zur vollständigen Durchsuchung sind sie indes nicht gekommen, da ein Briefträger an der Wohnung klingelte. Nun nahmen sie in großer Hast,

was ihnen zur Hand lag. Bei Rau erbeuteten sie zwei silberne Uhren mit Ketten, eine andere goldene Uhrette, einen Trauring und einen Siegelring, bei Freyer zwei goldene Uhren mit Ketten, eine goldene Halskette, einen Diamantring, zwei goldene Dameninge, ein goldenes Armband und ein an einer Kette hängendes Medaillon. Das bare Geld, das in demselben Hause lag, dem die Spitzbuben entnommen wurden, aber mit Briefen bedeckt war, haben sie infolge der Störung durch den Briefträger zurückgelassen. In den Einbrechern gehörte wahrscheinlich ein unter dem Namen „Vader-Wilhelm“ bekannter Verbrecher. Während der Einbruch oben in der Wohnung ausgeführt wurde, beobachtete ein Gastwirt mit seinen Gästen auf der Straße vier verdächtige Männer im Alter von 20 bis 25 Jahren, die er für Bauernfänger hielt. Das waren die Komplizen der Spitzbuben, die unten aufpazierten, unter ihnen der später als „Vader-Wilhelm“ erkannte und schon bestrafte Mensch. — Bis jetzt ist das gestohlene Gut noch nicht ermittelt; ebensowenig konnten die Thäter dingfest gemacht werden.

Die Sperrung des Fernsprechers bei drohendem Gewitter hat sich gelegentlich der Blitzkatastrophe am Sonntag recht verhängnisvoll erwiesen, und es stellt sich als unbedingte Nothwendigkeit heraus, daß Maßnahmen getroffen werden, welche eine, wenn auch beschränkte, Benutzung der Fernsprecher gestatten. Die Leiche des von dem Blitz getödteten Schönfeld zeigte, wie wir bereits mittheilten, absolut keine äußeren Verletzungen. Der Körper war blau angeläufen und verschiedene Umstände deuten darauf hin, daß der Tod des jungen Mannes durch Erschlagung (Näherung der Luftströme) herbeigeführt worden ist. Der Umstand, daß der Fernsprecher bei dem Gewitter nicht benutzt werden konnte, hatte zur Folge, daß die fünf verunglückten Personen, da Kutschwerke nicht zur Stelle waren, nach der 20 Minuten entfernten Unfallstation getragen werden mußten. Hier war nur der da jour habende Arzt anwesend. Weitere ärztliche Hilfe konnte ebenfalls des abgeleiteten Telephon wegen nicht sofort herbeigeordnet werden, und thatsächlich konnte Herr Dr. Lehmann nur mit Hilfe zufällig auf der Unfallstation anwesender Personen einschließlich der Schulleute, die notwendigen Wiederbelebungsversuche anstellen. Bei Schönfeld war, da bereits zu viel Zeit verstrichen war, alle Bemühung vergebens. Auch bei seinem Freunde, dem 18jährigen Plant, war der Zustand ein höchst bedenklicher. Die Hüfte waren bei der Einlieferung des Patienten auf der Unfallstation schon erstarrt, und es bedurfte funderlanger ununterbrochener Arbeit seitens des Arztes, um die Lähmungserscheinungen bei P. zu beseitigen. Zu der Katastrophe selbst wollen wir noch bemerken, daß der Unglücksfall an einer Stelle passierte, in dessen unmittelbarer Nähe ein ziemlich hoher Baum stand. Unfallartweise ist der Baum von dem Blitztrahl völlig verichont geblieben und ging der elektrische Funke in den bedeutend niedriger gelegenen Baum hinein.

Ein heftiger Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens der Linie Schönberg-Moabit mit einem Lastwagen fand am Montagabend gegen 10 Uhr vor dem Hause Altonacrtr. 32 statt. Der Unfall erfolgte mit solcher Gewalt, daß sämtliche Scheiben des Pferdebahnwagens zerplüßten, die Hinterplattform zerstört und die Ringe des Waggons stark beschädigt wurde. Die Insassen des Pferdebahnwagens erlitten durch Glassplitter Verletzungen. Der Unfall soll dadurch herbeigeführt sein, daß der Pferdebahnwagener kein Warnzeichen gegeben, der Führer des Lastwagens aber auf seinem Sitze gefahren hat.

Aus Gram über den Tod ihres Kindes hat die 32 Jahre alte Frau des Tischlers Schmidt aus der Schönhauser Allee 97 sich mit Phosphor zu töten versucht. Seitdem das einzige Kind von vier Kindern starb, war die Mutter in ihrem Wesen sehr verändert. Montagabend um 10 Uhr konnte die Frau ihre trübe Stimmung nicht überwinden und trank die zubereitete Phosphorlösung. Obgleich nachbarschaftliche Hilfe zur Hand war, auch das Gift restweise wieder aus dem Magen entfernt wurde, so hat doch ein Arzt die Frau Schmidt in einem lähmenden Rettungswagen nach dem Krankenhaus im Friedrichshagen bringen lassen.

Unter Vergiftungserscheinungen wurde gestern nachmittags um 3 1/2 Uhr der Droguenhändler Goltz in seinem Geschäft Krakenstrasse 44, aufgefunden. Das Geschäft, aus dem anscheinend Gift genommen war, wurde beschlagnahmt. Das Geschäft mußte vorläufig geschlossen werden.

Gestohlen. Auf dem Grundstück Prenzlauerstr. 23 wurde am 8. Juli eine alte Schweizer Wanduhr mit Schlagwerk aufgefunden, welche nur Liebhaberwert zu haben scheint. Im inneren unteren Kasten befinden sich plastisch aus Bronze gebildete Figuren, ein Jäger zu Pferde auf ein Reh schließend, die Uhr scheint aus einem Diebstahl herzuwirken. Interessenten wollen sich zur Rekognoscierung der Uhr auf dem Polizeipräsidium, Hundsbureau, einstellen.

Der gereizte Schuttmann. Eine schmerzliche Geschichte erzählt der amtliche Polizeibericht. Ein Schuttmann des 5. Polizeireviere wurde gestern nachmittags von einem Segelmacher ersucht, die Persönlichkeit eines am Schiffbauerdamm vor dem Grundstück Nr. 29 mit seinem Fahrzeug in der Spree haltenden Schiffers festzustellen, da er von jenem beleidigt worden sei. Der Schuttmann betrat nun das Fahrzeug und es gelang ihm, den allerbhand Schimpfreden auszufohren und sich heftig irührenden Schiffer dahin zu bringen, daß er die Schiffspapiere vorlege. Während der Beamte diese durchsah, ließ der Schiffer den Kahn vom Lande absteigen, so daß der Schuttmann nicht mehr an Land konnte und auf dem in der Fahrt befindlichen Kahn zurückgelassen wurde, bis er durch zwei ihm mit dem schiedlichen Rettungslosh zu Hilfe eilende Beamte nach etwa 30 Minuten in der Gegend der Kronprinzengründe befreit wurde. Der Schiffer Namens Wilhelm Neues aus Hamburg wurde festgenommen. Durch den Vorfall hatten sich an beiden Spree-Üfern größere Aufläufe gebildet.

Feuer in der Unionbrauerei. Die Unionbrauerei in der Dosenstraße ist in den letzten Jahren wiederholt von Unfällen heimge-sucht. Am Dienstag früh mußte sie die Hilfe der Feuerwehr in Anspruch nehmen bei einem Brande, der leicht sehr verberbliche Folgen nach sich ziehen konnte. Der fast 100 Köpfe zählende Pferdebestand der Brauerei ist in einem großen massiven Gebäude untergebracht, und zwar befinden sich die eigentlichen Ställe nicht nur im Erdgeschloß, sondern auch in der ersten und zweiten Etage, zu denen Rampen führen, auf denen die Pferde mit Leichtigkeit emporspringen. Unmittelbar neben den einzelnen Ställen befinden sich die Fourageschlemmer. Die einzelnen Räume sind durch starke eiserne Thüren abgetheilt. Früh 3 1/2 Uhr des Morgens der Hofwärtler auf seinem Durchgange ein verdächtiges Knistern aus der Fourageschlemmer des ersten Stockes. Beim Öffnen der eisernen Verbindungstüre sah er eine Stichflamme entgegen, doch befielt er sofort Weitesgegenwart, die Thüre sofort wieder zu schließen. In größter Eile wurden die Angestellten der Brauerei alarmiert, denen es auch gelang, die im Nebenraum (1. Stock) befindlichen 27 Pferde anzuschirren und trotz harter Verqualmung in Sicherheit zu bringen. Die eiserne Thüre hielt allmählich stand, bis die Feuerwehr erlösen und mittels mehrerer Schlauchleitungen das Feuer zum Stehen brachte. Verbrannt ist ein großer Posten Stroh und Futtermittel, auch hat das Gebäude stark gelitten. Ueber die Entstehung des Feuers ist nichts ermittelt.

Straßenverengung. Die Brangelstraße von der Halber bis zur Doppelreiterstraße wird behufs Asphaltierung vom 18. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Das Schwimmbad des Arbeiter-Schwimmbundes, abgehalten am Sonntag in Schloß Weichensee, nahm folgenden Verlauf: Erstschwimmen, 100 Meter: 1. W. Klant vom Schwimmbad „Vorwärts“; 2. V. Freyer, Schwimmbund „Nord“.

Juniorpringen: 1. M. Oach, Schwimmlub „Neptun“. Jugendschwimmen, 75 Meter, 14—18 Jahre alte Mitglieder: 1. G. Wegener, Schwimmlub „Neptun“, 16—18 Jahre alte Mitglieder: 1. G. Biefigang, Schwimmverein „Nord“; 2. O. Rehnmann, Schwimmklub „Vorwärts“; 3. H. Sprengler, Schwimmverein „Nord“. Hauptschwimmer, 500 Meter: 1. C. Saeger, „Neptun“; der vorjährige Sieger B. Gladow miedte sich mit dem 2. Platz begnügen. Juniorfchwimmen, 200 Meter: 1. R. Wöhlly, Schwimmklub „Vorwärts“; 2. B. Freyer, Schwimmverein „Nord“. Müdenschwimmen, 100 Meter: 1. F. Steinhilber, Schwimmverein „Nord“. Jugendpringen: 1. W. Schneider, Schwimmklub „Vorwärts“. Hauptpringen: 1. C. Kiel, Schwimmklub „Vorwärts“. Vereinskonkurrenz von zwei gemeldeten Vereinen: 1. Schwimmklub „Neptun“. Uebungsübungen und ein erst ausgeführter Reigen des Schwimmvereins „Nord“ bildeten den Schluß des in jeder Hinsicht gelungenen Festes.

Feuerbericht. Fast kein Tag vergeht, ohne Pechholzbrände. Dienstag früh kurz vor 4 Uhr waren gleichzeitig deren zwei abzulösen und zwar No 57 in einem Keller und Göllicherstraße 28 auf einen Kohlenplatz. Da in solchen Fällen die Kohlenflapel nach erfolgter Ablösung meistens umgekippt werden müssen, erwächt daraus der Feuerwehrlust große Arbeit. Ein Alarm nach Stephanstr. 50 betraf einen Zimmerbrand, der durch Explosion einer Lampe verursacht war. Am Montag entstand Kleine Andreasstr. 3 in einer Weinstube ein Brand, der leicht gelöscht werden konnte. Außerdem wurde die Wehr noch nach Linienstraße 54 und Sühlestraße 4 gerufen, wo kleinere Schadenfeuer zu besitzigen waren.

Aus den Nachbarorten.

Die Angehörigen der Firma Anauer feiern am Sonnabend, den 22. Juli, in Schöneberg, Lindenpark, Hauptstraße 16, ein Sommerfest. Bemerkenswert ist, daß dieses Lokal der Arbeiterkassen nicht zur Verfügung steht.

Schöneberg. Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, findet bei Obst. Grunewaldstraße 110, eine Versammlung des Vereins zur Genossenschaftsgründung mit einem Vortrage des Rechtsanwalts Franke über das Genossenschaftsgesetz statt.

Charlottenburg. Die Wählerlisten für die im Herbst stattfindenden Stadtverordneten-Wahlen liegen vom 15. bis 30. Juli, wochentags von 8 Uhr vormittags bis 9 Uhr nachmittags, Sonntags von 8—12 Uhr vormittags im Statistischen Amt, Berlinerstr. 77, 1. öffentlich aus. Während dieser Zeit kann jeder Einwohner gegen die Richtigkeit der Listen Einwendungen erheben. Da nur diejenigen Einwohner wahlberechtigt sind, die in der Liste stehen, so hoffen wir, daß jeder Genosse sich davon überzeugen wird, ob sein Name in die Liste eingetragen ist, damit er nicht durch Zufall seines höchsten Rechtes verlustig geht. Wer selbst keine Zeit hat, die Listen durchzugehen, wende sich an einen der nachstehenden Genossen, die ihm diese Arbeit gern abnehmen werden: Zeder, Wiandstr. 74; Paasche, Potsdamerstr. 44; Morgenroth, Christstr. 20; Kaut, Pestalozzistr. 65; Krause, Konigsstr. 94; Eberhard, Wilhelmsdörferstr. 38; Dittsch, Wälderstr. 69; Bilde, Wiandstr. 35; Gomuth, Arminstr. 41; Petric, Goethestr. 33; Scharnberg, Eckerstr. 94, I;eyer, Wallstraße 94; Pirre, Wallstr. 90; Rötiger, Leibnizstr. 8; Schilling, Pestalozzistr. 98; Senfsche, Goethestr. 13; Siegrist, Gutenbergstr. 4; Sempel, Schwanstr. 4; Krull, Denardstr. 30.

Im Walde von Sautwalde verunglückt sind in der Nacht zum Montag zwei Berliner Ausflügler, der Fournagehändler R. und der Schlächtermeister A. Die beiden Herren hatten mit ihren Familien in einer Kalesche gegen 11 Uhr nachts den Rückweg nach Berlin angetreten, als plötzlich das junge ferne Pferd auf der Chaussee vor der Barriere eines entgegenkommenden Kutschers schaute. Das Tier stürzte, den Wagen hinter sich schleifend, in den Wald hinein und rannte zwischen den Bäumen herum. Der Wagen wurde total zerschmettert und die Insassen stürzten dabei auf dem Gefährte heraus. Hierbei erhielt der Fournagehändler R. einen komplizierten Bruch des rechten Armes, während A. erhebliche Verletzungen an der Brust und dem Kopfe davontrug. Beide Personen wurden in einem weiterfahrenden Streifen nach Berlin in eine Unfallstation gebracht und dann nach einem in der Nähe befindlichen Krankenhaus überführt.

Bei einer Schlägerei erstochen wurde in Bernsdorf bei Schmiedewitz der Sohn des Bauern Lukas. Der junge Mann nahm an einem Tanzvergnügen teil, welches dort im Weischen Lokale stattfand, und geriet mit mehreren Schiffern in einen Streit, der schließlich in eine Messerschere ausartete. Um eine Stunde später wurde Lukas in der Nähe des Lokales schwer verwundet aufgefunden. Man brachte den Unglücklichen nach dem Nauenborser Krankenhaus, wo er bald seinen Verletzungen erliegen ist. Einer von den Thätern ist bereits verhaftet.

Der Schöneberger Kriminalpolizei ist es gelungen, eines Mitgliedes der gefährlichen Diebesbande habhaft zu werden, welche seit einiger Zeit Schöneberg unsicher macht. Es ist das der 19-jährige Arbeiter Reumann, nach dem Geständnis des Kirchenbenedictes Reichholz wie des jüngst verhafteten Krawatzki ein Mitglied jener Diebesbande. Reumann, welcher erst am 16. Juni aus dem Gefängnis entlassen wurde, trieb sich seitdem obdachlos umher und hatte sich höher der auf ihn fahrenden Kriminalpolizei zu entziehen gewöhnt.

Ein sehr schwerer Radfahrer-Unfall ereignete sich am Sonntag in der Wörlitzerstraße zu Friede. Zwei aus entgegengekehrten Richtungen kommende Radfahrer kollidierten in der etwas abfahrenden Straße und kamen zu Fall. Der eine, ein junger Mann Namens Deutschmann, blieb bewußtlos liegen, hatte Hinterbacken und mußte mittels Zangelförbes der Feuerwehr nach der ersten Wohnung gebracht werden. Der Arzt konstatierte eine Eindringung der hinteren Schädelwand und eine schwere Gehirnerschütterung. Der andere Fahrer kam mit heiler Haut davon.

Durch traurige Familienverhältnisse zum Verbrecher geworden ist der kürzlich wegen eines bedauerlichen Ladentassen-Diebstahls bei dem Gastwirt Gierich in Schmiedewitz verhaftete Einbringling. Dieser, Namens Schulz, war seiner Zeit im Reichstägsgebäude als Note angestellt und wurde später Gefangenenaufseher beim Köpenicker Amtsgericht. Da er aber in seiner Familie hart mit schweren Schicksalsschlägen zu kämpfen hatte, erlitt er schließlich an seinem Gesichte Schaden und mußte der Landes-Fernanstalt zu Uerwalde zugewiesen werden. Nachdem sich dort sein Zustand wieder gebessert hatte, wurde er aus der Anstalt entlassen und, da er trotz aller Bemühungen keine Beschäftigung finden konnte, wählte er sich weiter seinen Rat, als durch Plünderung der erwählten Ladenkasse sich Geldmittel zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes zu beschaffen. Jetzt befindet sich der immerhin bemitleidenswerte Mann im Köpenicker-Gefängnis zu Köpenick, der Sätte seines früheren Wirkungskreises, in Haft.

Wegen Bigamie verhaftet ist von der Schöneberger Kriminalpolizei ein in der Goltzstraße zu Schöneberg wohnhafter Malakemischler S. Die im Jahre 1864 von ihm eingegangene erste Ehe gestaltete sich bald so unglücklich, daß es den beiden Gatten mündlich wurde, zusammenzuleben. Sie trennten sich wieder und S. verließ Berlin, worauf dann auch seine Frau nach einem kleinen Orte bei Potsdam verzog, ohne ihm darüber etwas mitzuteilen. Einige Jahre später nahm S. eine Stelle in der Kreiswald an, und hier lernte er im vorigen Jahre ein junges Mädchen kennen, mit welchem er sich aufs neue verheiraten wollte, da er annahm, daß seine erste Frau, von welcher er nichts mehr gehört und gesehen hatte, inzwischen verstorben sei. Um sich hierüber Gewißheit zu verschaffen, begab er sich nach Berlin und fragte auf der Polizei an, wo seine Frau geblieben sei, erhielt aber nur den Bescheid, sie sei von Hier „abgemant verzogen“. Aus diesem Ergebnis seiner Erkundigung zog nun S. eigentümlicherweise den bestimmten Schluß, daß seine erste Frau thatsächlich tot sei und er also wieder heiraten könne, weshalb er dann auch mit dem zweiten Mädchen seiner Wahl

eine neue Ehe einging, wobei er aber sie und ihre Eltern in völliger Unkenntnis darüber ließ, daß er verheiratet war. Das junge Paar zog dann nach Schöneberg. Inzwischen aber hatte seine erste Frau den Entschluß gefaßt, sich auch formell von ihm scheiden zu lassen. Ihre Erkundigungen nach seinem Verbleib führten schließlich zur Feststellung seines jetzigen Aufenthalts in Schöneberg. Und hier erfuhr sie dann auch, daß er sich rechtskräftig zum zweitenmal verheiratet habe, worauf sie gegen ihn die Strafanzeige erstattete, die nun zu seiner Verhaftung geführt hat. S., dessen zweite Ehe jetzt natürlich rechtsungültig ist, hat nunmehr gegen seine erste Frau ebenfalls die Scheidungsklage angedreht.

Zwischen die Räder einer Maschine geworfen wurde am Montagmittags um 4 Uhr der 36 Jahre alte Arbeiter Waffe, der in den Elektrizitätswerken in Ober-Schönebeck arbeitete. Sein Kopf wurde vom Treibriemen erfasst, den er zu nahe getreten war, so daß er sich in einem Augenblick zwischen den Rädern befand. Obgleich die Maschine gleich angehalten wurde, erlitt W. doch im Innern und am rechten Arm so bedeutende Verletzungen, daß ein Rettungswagen ihn nach dem Krankenhaus im Friedrichshain bringen mußte.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß eines Dampfbahnwagens mit einem Eiswaagen fand gestern (Dienstag) zwischen 11 und 12 Uhr mittags bei der „Wilhelmsaue“ in Wilhelmsdorf statt. Zu beiden Seiten der „Wilhelmsaue“, der alten Dorfstraße, zieht sich ein Fahrbaum hin, auf welchem die Geleise der Dampfbahn liegen. Als nun um die angegebene Zeit der Eishändler Gustav Mathias aus Berlin, Poststraße 82, mit seinem vollbeladenen Wagen auf einem der die Dorfstraßen kreuzenden kurzen Querwege von dem nördlichen nach dem südlichen Fahrbaum hinüber wollte, wurde das Gefährt von einem in demselben Augenblick von Schöneberg herkommenden Wagen der Dampfbahn erfasst und vollständig umgeworfen, so daß die Räder nach oben standen und der Eishändler sowie sein neben ihm auf dem Boden stehender Mitfahrer im Wagen auf den Strahlenbaum stürzten. Während der Besitzer unverletzt blieb, wurde der Mitfahrer von dem Dampfbahnwagen überfahren und am rechten Fuße so schwer verletzt, daß er in einem sofort herbeigeholten Krankenwagen nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft werden mußte. Der Eiswaagen war fast gänzlich zertrümmert und auch das Pferd hatte eine Beschädigung erlitten, so daß es stark lahmend hinweggeführt werden mußte.

Köpenick. Die gegenwärtig im Rathaus anliegende Wählerliste enthält 2614 Namen wahlberechtigter Bürger, welche zusammen einen Steuerbetrag von 311 404,00 M. ausbringen. Zur ersten Abtheilung gehören nur zwei Wähler, welche von 24 Stadtverordneten acht Vertreter ins Stadtparlament zu entsenden haben. Im vorigen Jahre hatte die erste Abtheilung noch 9 Wähler. Die zweite Abtheilung hat 145 Wähler, im vorigen Jahre 155. Die dritte Abtheilung, welche mit einem Steuerbetrage von 204 M. beginnt, bildet den Rest mit 2467 Wählern. Im letzten Jahre zählte diese Abtheilung nur 2232 Wähler.

Man sollte meinen, daß durch ein derartiges Kommunal-Wahlgesetz die Interessen des Geldsacks wohl genügend geschützt seien. Aber es giebt Leute, die auch damit nicht zufrieden, am liebsten die dritte Wählerklasse ganz streichen möchten. Ein hiesiges Lokalblatt, „Das Dampfboot“, beschränkt nämlich, daß bei dem neuen Wahlgesetz der Wohlstellung, die Gefahr vorhanden ist, daß noch mehr Sozialdemokraten in die Gemeindevorstellung Eingang finden. Das Blatt mag sich beruhigen, die Wohlstellung ändert nichts an dem plutokratischen Charakter des Wahlgesetzes.

Gewichts-Zeitung.

Einer Anklage wegen Diebstahls und Schererei, welche gestern vor der zweiten Ferien-Kammer des Landgerichts I zur Verhandlung gelangte, lag folgender eigenartiger Sachverhalt zu Grunde: Der Tischlermeister M. hatte kurz vor Weihnachten eine Erbschaft gemacht. Sein Bruder war gestorben und hatte ihm außer erheblichen Vorräten eine wohlgeordnete Junggesellenwirtschaft hinterlassen. Als die Waise die Hälfte sich am 23. Dezember v. J. in der Wohnung des Verstorbenen befand, um die Erbschaft zu besichtigen, fand M. in dem Schreibtische zwei Goldrollen mit je 1000 M. Inhalt. Er übergab die Rollen seiner Ehefrau mit dem Auftrage, sie aufzuheben. Die Ehefrau legte sie einstweilen in die unverschlossene Schublade eines kleinen alten Tisches. Bei ihrem Fortgange vergah sie, die Rollen mitzunehmen. Am Nachmittage des 24. Dezember nahm M. sechs Leute an, darunter die Arbeiter Friedrich Stegemann und Karl Schellhorn, um die Sachen des Verstorbenen nach seiner Wohnung zu bringen. Die älteren Möbel, darunter auch der inhaltreiche kleine Tisch, wurden im Keller untergebracht. Als Stegemann den Tisch hinuntertrug, fiel die Schublade heraus und die beiden Goldrollen fielen dem Träger vor die Füße. Stegemann hob sie schleunigst auf und als er die Aufschrift: „1000 Mark in Doppelkronen“ gelesen, ließ er die Rollen schnell in seine Tasche gleiten. Es war am Weihnachtabend und er lebte in den drittgrünen Verhältnissen. Der Anzug war noch nicht vollendet, als die Ehefrau M. an die beiden Goldrollen dachte. Der Schreibtisch war leer und jämmerlich bedingte Personen bestritten, sie gesehen zu haben. Während die sechs Arbeiter in einer benachbarten Wirtschaft warten mußten, wurde zur Polizei geschickt. Die Beamten nahmen eine Durchsuchung sämtlicher verdächtigen Personen vor, ohne etwas zu finden. Inzwischen war es dem Arbeiter Schellhorn aufgefallen, daß Stegemann sich kurz vor dem Erscheinen der Beamten nach dem Kloset begeben hatte. Er schlopfte gegen ihn Verdacht, und nachdem die Beamten sich wieder entfernt hatten, gab er ihm einen Bunt, ihm zu folgen. Schellhorn führte ihn nach dem Kloset und sagte ihm auf den Kopf zu, daß er hier das Geld verborgen habe. Stegemann gab es zu, er hob das Hybrat auf und entnahm der Öffnung die beiden Rollen. Stegemann behielt die eine, Schellhorn erhielt die andere. Das Geld brachte ihnen keinen Segen. Stegemann hat es innerhalb kurzer Zeit durchgebracht, er war dann wieder arm wie zuvor. Karl Schellhorn machte über den Verbleib des Geldes folgende Angaben: Er habe sich zu seinem Bruder, dem Barbier Paul Schellhorn, begeben, ihm mitgeteilt, auf welche Weise er in den Besitz des vielen Geldes gekommen sei und ihn gebeten, ihm 900 M. davon aufzubewahren. Sein Bruder sei einverstanden gewesen, habe aber dafür 200 M. verlangt. Karl Schellhorn sollte dann das Geld nach und nach von ihm abheben. Am etwaigen Nachfragen seitens der Polizei begegnen zu können, fertigte Paul Schellhorn in Gegenwart seines Bruders in einem Bunde ein Konto an, wonach Karl Schellhorn ihm seine Ersparnisse in Höhe von 175 M. in verschiedenen Posten übergeben hatte. Als nun Karl Schellhorn in diesem Frühjahr wiederum Geld abgeben wollte, erklärte ihm sein Bruder, daß er ihm nichts mehr geben könne, da er einen Betrag von 870 M. verloren habe. Karl Schellhorn glaubte ihm nicht, er war der Ansicht, daß derselbe ein Fahrzeug sowie die Einrichtung zu seinem Barbieren von dem ihm anvertrauten Gelde angekauft habe. Nach mehreren gegenseitigen Drohbriefen äußerte Karl Schellhorn sich anderen Personen gegenüber über die Quelle, aus der das Geld stammte, die Sache kam zur Kenntnis der Polizei und Stegemann wie Karl Schellhorn wurden verhaftet. Paul Schellhorn, der sich bis dahin vorwurfsfrei gefühlt hatte, blieb auf freiem Fuße. Im gestrigen Termine waren Stegemann und Karl Schellhorn geständig, während der nur durch seinen Bruder belästete Angeklagte Paul Schellhorn einstandselbst leugnete und behauptete, daß sein Bruder ihn aus Mache zu Grunde richten wollte. Der Gerichtshof genann die Heberzeugung von der Schuld aller drei Angeklagten. Stegemann wurde zu zwei Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen, Karl Schellhorn zu zwei Jahren Gefängnis und Paul Schellhorn zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der letztere erklärte, Revision einlegen zu wollen.

Wegen Verleumdung wurde vom Landgericht II der Maurer Sch. zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte die Maurerpolizei eines Baues, über den die Sperre verhängt war, gemeine Schuft genannt.

Verfammlungen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend hielt am 16. Juli eine Versammlung im Lokal von Naurod in Bantow, Wolankstr. 113 ab. Jecklin referierte über: Die letzten Kämpfe der Berliner Maurer und welches sind die Aufgaben derselben für die Zukunft. Redner erläuterte in treffenden Worten die Lohnbewegung dieses Jahres und zog das erneute Zusammenarbeiten beider am Orte bestehenden Organisationen in ernsthafter Erwägung. Alsdann verwies er auf die sich jetzt immer mehr ausbildende Unternehmerorganisation. Im weiteren kam Redner auf die zur Zeit schummernde Jubiläumsvorlage zu sprechen, und machte es vor allem den Organisierten zur Pflicht, unbedingt thätigster als je zuvor für ihre Organisation zu agitieren. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten, und wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der sich die Versammelten mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten und versprachen, mit Eifer für die Ausbreitung der Organisation einzutreten.

Niddorf. In der öffentlichen Maurerverammlung der Zahlstelle Niddorf-Brig, die am 14. Juli im Apollo-Theater tagte, sprach Bernann über das Thema: „Unternehmer und Arbeiterorganisationen“. Der Referent kam in seinen interessanten Ausführungen auch auf die letzte Lohnbewegung der Berliner Maurer zurück und gab der Meinung Ausdruck, daß der Verlauf dieser Bewegung unbefriedigbar einen Erfolg für die beteiligten Arbeiter bedeute. Die Berliner Maurer hätten keine Veranlassung, aber des Endresultat des Streiks mitgeteilt zu sein. Mehrere Redner stimmten in der Diskussion den Ausführungen des Referenten zu. Eine Resolution, in der die Versammlung die getroffenen Vereinbarungen vor dem Einigungsamt sowie die Thätigkeit der Lohnkommission anerkennt, und in der den Anwesenden zur Pflicht gemacht wird, mit aller Kraft für die Organisation zu wirken, gelangte einstimmig zur Annahme. Im weiteren Verlaufe wurde von einigen Rednern das Vorgehen der Polizei gerügt, die sich „practisch“ einstellt, wenn von Seiten der Arbeiter auch nur der kleinste Fehler gemacht wird, dagegen würden die Unternehmer seitens der Behörden in jeder Hinsicht unterstützt. Lutzer giebt bekannt, daß mehrere Niddorfer Unternehmer das System der schwarzen Listen eingeführt hätten, die gelegentlich „nützlichen“ Arbeiter gegenüber in Anwendung gebracht werden sollen, man müsse diejenigen Unternehmer, die hiervon Gebrauch machen, wegen Verursachung gerichtlicher Verfahren. Der Vorsitzende ersucht die anwesenden Mitglieder, zur nächsten Mitgliederversammlung recht zahlreich zu erscheinen, so wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen.

Weißensee. Der Socialdemokratische Arbeiter-Verein hielt am 11. Juli seine Generalversammlung ab, in welcher der Vorsitzende den Halbjahresbericht gab. Danach haben zwei Generalversammlungen, drei öffentliche Versammlungen und zwölf Vorstandsstimmungen stattgefunden. Die Zahl der Mitglieder beträgt 338. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom letzten Quartal, welche eine Einnahme von 265,67 M. und eine Ausgabe von 125,05 M. ergab. Bestand 140,62 M. Die Bibliothek besteht aus 137 Bänden, gelesen wurden 53 Bände. Die Abrechnung und Bibliothek wurden für richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt. Hieraus wurde die Neuwahl des Vorstandes vollzogen, welche folgendes Resultat ergab: Vorsitzender Albert Tausman, Kassierer Watson, Schriftführer Wegner; Beisitzer: Kraft, Schiller, Schröder, Rloy und Koopmann; Bibliothekare: Schmidt und Bachmann; Revoren: Gerkenberger, Kolegaj und Keller. Unter Beschickung wurde beschloffen, den ausgesperrten Arbeitern in Danowick 50 M. aus der Vereinskasse zu bewilligen.

Theater- und Vergnügungs-Verein „Helsingland“. Geht abend 9 Uhr Aktestr. 144: Sitzung. Gäste willkommen.

Vermissenes.

Vom Blitz getroffen wurde der von Bismarck nach Stolpe verkehrende Personenzug während eines heftigen Gewitters. Obwohl niemand getroffen wurde, entstand unter den Passagieren eine furchtbare Panik. Mehrere Personen wurden vor Schreck gelähmt, während andere in dem Gedränge der überfüllten Coupees Verletzungen davontrugen.

Drei Menschen vom Blitz erschlagen. Wie aus Landsberg a. W. berichtet wird, sind bei einem schweren Gewitter drei Personen durch Blitzschlag getödtet. Bei der Hintermühle an der Glöden waren mehrere Arbeiter mit dem Hoggewerk beschäftigt. Als der Regen zu stark kam, stellten sie sich unter eine Pappel. Plötzlich fuhr ein Blitzstrahl in den Baum und tödtete drei Arbeiter; zwei andere sollen vom Blitzschlage gelähmt worden sein. Die drei Getödteten sind Familienväter und waren bei dem Gutbesitzer Böning-Heinerdors beschäftigt.

Das letzte Hochwasser hat, soweit es sich jetzt überblicken läßt, bedeutenden Schaden angerichtet. Unterhalb der Ostrog hat die Oder ein großes Loch durchgewaschen, an vielen Stellen ist das unbefestigte Ufer abgerodet und zum Teil fortgeschwemmt worden. An der Spitze sind wieder erhebliche Teile von Weidfeldern samt der Ernte fortgetragen worden. Am ärgsten ist die Gemeinde Libitzschau, Kreis Cosel, heimgesucht worden. Hier ist fast die gesamte Ernte vernichtet, da das Hochwasser in Folge der starken Ufer die Getreidefelder vollkommen überflutet hatte.

Bei einem Brande in Müllheim a. d. Ruhr, der gestern Nacht in einem Geschäftshause in der Mitte der Stadt ausbrach, sind drei Personen umgekommen.

Ein großer Brand entstand gestern mittags 1 Uhr in einem Magazinräume des Ostbahnhofes in Budapest. Sämtliche Feuerwehren von Budapest rühten zur Bekämpfung des Brandes aus; das Magazin brannte indessen vollständig nieder, es gelang aber der Feuerwehr, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Die Entschung des Brandes wird auf Selbstentzündung von Calcium-Carbid und eingelagerten Oelen zurückgeführt.

Ein brutaler Studententumult in Limbach hat Leipziger Blättern zufolge zur Verhaftung einiger Schüler des Technilams geführt. Dieselben verühten in der Nacht zum 2. Juni groben Unflug und Sachbeschädigungen und sollen in selbiger Nacht die zum hiesigen Rittergute gehörige, in der Nähe des Bahnhofs errichtete Lustscheune, welche mit Stroh, Heu und andern leicht brennbaren Vorräten angefüllt war, vorzüglich in Brand gesetzt haben. Drei der Schüler wurden wieder entlassen, während zwei, ein gewisser Michel aus Krimmitschau und ein gewisser Class aus Brossau, von denen der eine die That verübte und der andere Beihilfer leistete, in Untersuchungshaft genommen wurden. Einem Berliner Blatte wird die Brandstiftungsaffäre, der eine sündige Wette zu Grunde gelegen haben soll, und die einem Menschen das Leben kostete, in folgender Weise dargestellt: Nachdem am Dommers-tag, 12. d. M., von der Polizei mehrere Schüler des Technilams auf Grund einer anonymen Denunciation, die sie der Urheberhaft der Brandstiftung vom 2. Juni beschuldigte, in vorläufige Haft genommen waren und die sofort eingeleitete Untersuchung die Wahrheit dieser Angabe bestätigt hatte, wurde die Verhaftung von fünf Technilern vorgenommen. Dieselben haben am Abend des 2. Juni nach einer wüthigen Streiterei eine Wette geschlossen, wonach der, welcher den grüßten Rat bei einem Brande zeige, ein Jahr lang umsonst an allen Zinngelagen teilnehmen solle. In diesem Zwecke steckten sie die große, in der Nähe des Bahnhofs stehende Scheune des Limbacher Rittergutes in Brand. Der Arbeiter Freitag, welcher in der Scheune sein Nachtquartier hatte, wurde ein Opfer der Flammen. Der Brand bedrohte den Bahnhof und wurde nur unter gewaltigen Anstrengungen gedämpft. — Keine Staatsflüge.

Ein Landbruch. In dem Orte Münsterwalde in Westpreußen hat ein Bruch des Damms, der den Ort gegen die Uebersflutungen der Weichsel schützte, furchtbare Schäden angerichtet. Einem hiesigen Blatte wird darüber berichtet: Mit verzweifelter Anstrengung wehrten sich seit drei Tagen die Besitzer der Münsterwalder Niederung gegen die Uebersflutungen ihrer Weiden und Getreidefelder, indem sie Erdaufschüttungen im sogenannten Kuhendeich vornahmen. In der Nacht vom Sonntag auf Montag gingen die Hüten über die frisch aufgeschütteten Erdwälle hinweg und vernichteten blühende Weizen und üppige Gelber. Noch war den um ihren Besitz ringenden der sogenannte Innendeich mit seinen Ländereien geblieben, als nunmehr auch der erst vor zwei Jahren gebaute Sommerwall brach. Obgleich Arbeiter mit Hacken und allen nur denkbaren Werkzeugen zur Stelle waren, so bahnte sich das Wasser mit Gewalt doch eine Straße von 15 Metern Breite, die sich immer mehr erweiterte, und ergoß sich mit Fischen und Bausen nun auch über die Ländereien des sogenannten Innendeiches. Wehklagend und jammernd liefen die Leute auf den hochgelegenen Ufern umher. Nur mit Lebensgefahr konnten die Besagenden das Vieh von der Weide retten.

Ein schwerer Bootsunfall wird aus Kiel gemeldet. Unweit der Kanalmündung kenterte ein Segelboot mit sieben Insassen; vier wurden gerettet. Die Rauerer Heinrich Bruhn, Otto Medlenburg und ein unbekannter Handwerker ertranken.

Marktpreise von Berlin am 17. Juli 1899

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

*) Weizen	D.-Gr.	18,30	14,80	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1,-
*) Roggen	-	15,90	14,-	Rindfleisch -	1,60	1,-
*) Futter-Gerste	-	13,40	13,-	Schmalz -	1,80	1,-
Dasfer gut	-	15,50	15,-	Butter -	2,40	2,-
mittel	-	14,00	14,40	Eier 60 Stück	4,-	2,20
gering	-	14,30	13,90	Karpfen 1 kg	2,-	1,30
Nichtstroh	-	4,-	3,50	Hais	2,80	1,40
Heu	-	6,10	4,-	Gander	2,00	1,30
*) Erbsen	-	40,-	25,-	Sechse	2,40	1,20
*) Spisebohnen	-	50,-	25,-	Barche	2,-	0,80
*) Wiesen	-	70,-	30,-	Schleie	2,50	1,20
Kartoffeln, neue	-	14,-	6,-	Viehe	1,40	0,80
Rindfleisch, Keule 1 kg	-	1,60	1,30	Krebst. per Schot	14,-	3,-
do. Bauch	-	1,20	1,-			

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Rottungstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner.
 †) Kleinhandelspreise.
 *) Produktmarkt vom 18. Juli. Der Umstand, daß sich die Ausichten auf eine glänzende Ernte in ganz Deutschland offenbar befestigten, und die weitere Erhaltung der Weizennotierungen von den nordamerikanischen Getreidebehörden veranlaßten Realisationen in Getreide, welche die Preise gleich zu Beginn des heutigen Frühlings für Weizen um 1,50 M., für Roggen um 0,30 M. drückten. Späterhin führte die Verbilligung der russischen Roggenofferten um etwa 2 M. einen weiteren Preisrückgang her-

bei. Dafer war auf günstigen Saatensand ebenfalls geschickter. Was 81 wurde zu gut behaupteten Preisen ziemlich lebhaft gehandelt. Spiritus verkehrte in feher Haltung. loco hier wurde mit 41,70 (+ 0,20) gehandelt. Termine waren 0,20 M. höher gefragt.
 Kartoffelfabrikate. Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kg. Brutto inkl. Saft -,-. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. Brutto inkl. Saft und Wehl 19,40 M. Supra trockene Kartoffelstärke -,- M. Kartoffelmehl per 100 Kg. Brutto -,- M. Supra Kartoffelmehl 19,40 M. per 100 Kg.
 Berlin's Getreide- und Mehlzuzuführen zu Wasser vom 17. Juli mittags bis 18. Juli mittags betragen 535 Tonnen Weizen, 375 Tonnen Roggen, 124 Tonnen Dasfer, 100 Tonnen Gerste, 1400 dz Weizenmehl.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 19. Juli 1899.
 Gleitlich warm und schwül bei schwachen nordwestlichen Winden, veränderlicher Bewölkung und fortwährender Gewitterneigung.
 Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr abgehalten.
 G. P. 13. Wenden Sie sich an die Buchhandlung Sorowitsch, Beuthstraße 2.

Socialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 11/12:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Th. Metzner über die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. 4. Vereinsangelegenheiten.
 Gäste sehr erwünscht. Zahlreichen Besuch erwartet.
 Der Vorstand.
 NB. In dieser Versammlung wird die Broschüre „Die Justizhandvorlage vor dem deutschen Reichstag“ gratis verteilt.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 (Verwaltungsstelle Berlin.)
 Heute Mittwoch, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Rautenberg, Cranichstr. 150:
Vertrauensmänner-Konferenz für den Süden.

Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Leder, Widmarstr. 74:
Bezirks-Versammlung für Charlottenburg.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag über: „Das neue Handwerkergesetz“.
 Die Stellen für die Schlichter zum Reinstandtag.
 Die Ortsverwaltung.

Socialdemokratischer Wahlverein für Teltow-Beersow-Storkow-Charlottenburg
 Donnerstag, den 20. Juli 1899, abends 8 1/2 Uhr, in der Gambrinus-Brancerie:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen W. Giesch über: Arbeiterschutz und Arbeiterrecht in Deutschland. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 2. Quartal. 4. Vereinsangelegenheiten.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Wege und päpstliche Beteiligung ist erwünscht. Gleichzeitig machen wir die Mitglieder auf § 10 des Statuts aufmerksam.
 Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfs-Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Versammlung am Donnerstag, den 20. Juli, umhängehalber ausfällt.
 Donnerstag, 27. Juli, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:
General-Versammlung.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Die Ortsverwaltung.

Wollstraße Nr. 94. Brauerei Gambrinus. Widmarstr. Nr. 22b.
 Mittwoch, den 19. Juli 1899, von nachmittags 4 Uhr ab:
Gr. Jubel-Trubel-Kinder-Freudenfest
 verbunden mit Kinderbelustigungen aller Art, wie Verlosung, Topfschlag, Schachfen, Wettrennen und Kinderfahrgen unter Leitung des berühmten englischen Arrangeurs Herrn Ernst Schulz aus Rixdorf. Bei eintretender Dunkelheit Aufhebung des Nischenlustbalkons Scherens.
 Entree für Kinder 10 Pf. Erwachsene 20 Pf.

Oeffentliche Bautischler-Versammlung
 am Mittwoch, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Cohus Festsälen, Beuth-Strasse Nr. 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Die nächsten Aufgaben der Bautischler Berlin und Umgegend. 2. Diskussion.
 Nicht eines jeden Bautischlers ist es, in der Versammlung zu erscheinen.
 Der Vertrauensmann.

Verein Socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.
 Freitag, 21. Juli, nachmittags 5 Uhr, beim Koll. Lindenhayn in Grünau:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vierteljahresbericht des Kassierers. 2. Bericht in der Angelegenheit der Pilsener-Brauerei. 3. Antrag Wille betreffend Aufnahme neuer Mitglieder, welche anderen Vereinen angehören. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein
 Der Vorstand. J. K.: Ferdinand Ewald.

Steinarbeiter.
 Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 Uhr, beim Genossen Zabell, Lindenstraße 106:
Oeffentl. Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Stellungnahme zum Bauarbeiter Streik.
 Der Vertrauensmann.

Metallarbeiter!
 Am Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 Uhr, im Arbeiter-Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81:
Gr. öffentliche Versammlung
 sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Siemens & Halske (Charlottenburger Werk).
 Tages-Ordnung: Die Arbeits- und Lohnverhältnisse im Betriebe der Welt-Firma Siemens & Halske und welche Pflichten erwachsen hieraus den Arbeitern? Referent: Otto Naether.
 Kugelschloß der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist das Erhalten aller Kollegen unbedingt notwendig.
 Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
 Otto Naether, S. Annenstraße 39.

Achtung! MAURER. Achtung!
 Mittwoch, den 19. Juli, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Rappentstraße 29:
Große Mitglieder-Versammlung
 der Filiale Berlin und Umgegend des Centralverbandes deutscher Maurer.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen G. Wagaer über: Fortbildung und Klassenbewußtsein. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
 Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefaßt werden, so ist es Pflicht jedes Verbandmitgliedes zu erscheinen.
 Die Verbandsleitung. I. A.: Karl Penser.

Rixdorf.
 Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Apollo-Theater“, Hermannstraße 48/50:
Oeffentl. Volks-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Wert der Konsumgenossenschaften für den Arbeiterstand. Referent: Reichslandtags-Abgeordneter A. v. Elm-Gumburg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Den Kollegen zur Kenntnis, daß die Central-Vertrauensmänner-Versammlung für Monat Juli ausfällt, da an diesem Tage in demselben Lokal eine öffentliche Bautischler-Versammlung stattfindet, werden die Kollegen ersucht, in derselben recht zahlreich zu erscheinen.
 Die Ortsverwaltung.
Achtung! Schuhmacher. Achtung!
 Am Mittwoch, den 19. Juli 1899, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Nimmann, Brunnenstr. 188:
Gr. öffentliche Versammlung
 aller in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
 Tages-Ordnung:
 Der Streik in der Filzschuh-Fabrik Emil Pinner Nachfolger (Inhaber: Manasso).
 Der Einberufer.

Donnerstag, 20. Juli, abds. 8 1/2 Uhr, in Cohus Festsälen, Beuthstraße 19:
Oeffentliche Einseher-Versammlung.
 Tages-Ordnung: Die Lohnfrage der Einseher. Referent: Willing.
 Der Vertrauensmann.

Bereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf, Hermannstraße 214-219.
 Größter u. schönster Garten Rixdorfs u. Berlins, 10 000 Personen fassend. Som. Moritzplatz für 10 Pf. bis zur Brauerei.
Jeden Sonntag Großes Frei-Konzert.
 von 4 Uhr ab:
 Mittwoch, den 19. Juli } **Große Erntefeste**
 Mittwoch, den 20. Juli } Umzug mit 30 defor. Erntewagen, Aufzug eines Volksballons, Gondolregen, Feuerwerk, Fackelzug, Wettlaufen, Sackhüpfen und Umzug des Prinzen Karneval. Außerdem Gratis-Verlosung von mehreren hundert nützlicher Geschenke.
 Um zahlreichen Besuch bittet **Martin Berndt, Deponom.**

Treptow Park-Restaurant
 C. Ludwig früher Jakob.
 Jeden Donnerstag: **Kinder-Ferienfest** mit vielen Ueberraschungen.
 Jeden Sonntag: **Frei-Konzert und Großer Ball.**
 8 neu renovirte Regeldamen. Kaffeeliche der Neuzeit entsprechend.
 Lagerbier 1/2, 15 Pf. ff. goldklares Weibier vom Fach.

Schnegelsbergs Festsäle
 Hasenheide No. 21 - Jahnstraße No. 8.
 Inhb.: Max Schlinder, Telefon: Amt IV 1152.
 Empfehle den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken u. meine Säle, 500 u. 1200 Personen fassend (mit Bühne), zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Mittwoch u. Sonntag: **Grosser Ball** mit Schlangen- und Popponregen und diversen Ueberraschungen.
 Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

Unserem arbeitswilligen Himmelskinder **Gustav Löffler** gratulieren wir zu seinem Geburtstag.
 Die Himmelskinder.
Gesellschaftshaus
 Zwincmündertstr. 42.
 Täglich im Garten:
Theater-Vorstellung.
 Saal für 800 Personen auch Sonntag frei. 1827/8
Rehlitz' Garten u. Saal
 300-600 Personen fassend, f. Sommer-nachts-Bälle, Invalidentag. 84. [4745
Dr. Simmel
 Horstplatz, Haus v. Aschinger
 2 Treppen rechts.
 Spezialarzt f. Haut- u. Hautleiden.
 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4
 monatlich 10 M.
 liefert elegante
 Horrongarderobe
 n. Maß, Temprowalk, Schneiderstr.,
 Reanderstr. 16, II, an der Kamenstr.
 (Nach dem Kaffe billige Preise.)
Bilbig! Knabenanzüge. Bilbig!
 Wäbchenkleider in großer Auswahl.
 O. Hoffmann, Beiermannstr. 14.
 Soeben beginnt mit einem neuen Roman ein neues Abonnement auf

NEUE STUNDEN

ILLUSTRIRTE ROMAN BIBLIOTHEK 3-JÄHRIG
HEFT 10 PFENNIG
UNTER DEN DOLOMITEN

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder, der Bestenzeit
Max Schulz
 am Sonntag nachmittags 8 1/2, verstorben ist.
 Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 3 Uhr vom hiesigen Krankenhaus aus nach dem Paulskirchhof, Beuthstr. statt.
Wilh. Schulz
 nebst Frau und Geschwistern,
 Beuthstr. 30.
 Dankagung. 1594b
 Allen Freunden und Bekannten für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Varnes Wilhelm Wohl herzlichen Dank.
 Wwe. Wohl nebst Kindern.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
 Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Besatze etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen (speziell angefertigt im Zuschneide) bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Dr. med. Schaper homöop. Arz. Spezialarzt für **Haut- u. Harnleiden**
Frauen-Krankheiten.
 Schöneberger Ufer 25, Spr. 9-1, 4-7.
Homöopath. Poliklinik:
 Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8: Friedrichstrasse 114, 1.
 Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich neben meiner Restauration einen **Bierverlag** eröffnet habe und empfehle wie folgt:
 35 Pf. Schüttelth Bier . . . 3,-
 30 Pf. Schüttelth Bier . . . 2,-
 30 Pf. Gabels Bierbitter, dunkel 3,-
 30 Pf. Gabels Lagerbier (hell, nach Pilsener Art) . . . 3,-
 20 Pf. Münchener Bürgerbräu . 3,-
 20 Pf. edel Rumbacher . . . 3,-
 30 Pf. edel Würger Bier (von G. W. Gabels, Weig.) . . . 3,-
 30 Pf. prima Weibier aus den renomirten Brauereien . 3,-
 Sämtliche andere Sorten Biere werden auf Bestellung geliefert.
 Fernsprecher Amt IV a 6360. **Ernst Lier, Alte Jakobstraße 119.**

Das beste und im Gebrauch billigste und bequemste **Waschmittel der Welt**
 ist **Dr. Thompson's Seifenpulver**

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 12. Juli.
Neues Opern-Theater Die Nibelungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residens. Der Schlafwandler. Con-
trafleur. Borber: Zum Einleitler. Anfang 7 1/2 Uhr.

Westen. Die verurteilte Gode. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Wahrsagerin. Borber: Die Frage an das Schicksal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Zar und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Lumpenpack. Anfang 8 Uhr
Friedrich. Wilhelmstädtsches. Der Hüttenbesitzer. Anf. 8 Uhr.
Alexanderplatz. Kana. Anfang 8 Uhr.

Chend. Die Wülfen. Anf. 8 Uhr.
Metropol. Berlin lacht! Anfang 8 Uhr.
Volkshaus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Säger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticon. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Morwitz-Oper.
Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr:
Volkstümliche Oper-Vorstellung bei halben Preisen:
Zar und Zimmermann.

Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bütel: Der Postillon von Longjumeau.
Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Vorlesung
Gastspiel Heinrich Bütel: Martha, oder: Der Markt zu Richmond

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Gesamt-Gastspiel des Hamburger Ernst Drucker-Theaters
Anfang 8 Uhr.
Lumpenpack.

Lumpenpack.

Gr. Hamburger Volksstück mit Gesang in sechs Akten.
Morgen und folgende Tage:
Lumpenpack. Hamb. Volksstück. Ad 1. August: Gastspiel des Berliner Gastspiel-Ensembles: „Der Wehrmarsch“. Schwanz in 3 Akten.
Abend: Carl Weij- Theater.

Abend: Carl Weij- Theater.

Gr. Frankfurterstraße 133.
Reine Preise. Parquet 1,10.
Cyklus volkstümlicher Vorstellungen.

Die Wülfen.

Tragödie in 5 Akten von Grillparzer. Anfang 8 Uhr.
Vorgeschichte haben Gültigkeit. Heute im Garten: Kinderfreundfest. Anfang 8 Uhr.
Puhlmanns
Vaudeville-Theater

Vaudeville-Theater

Inhaber: P. Schumann.
Schuh. Allee 148, Kasan. Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Passage-Panopticon

9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Von 6 1/2 Uhr ab
Specialitäten.
Neu!
Die Riefenbrüder.
Herold und Leons in ihrer Burlesk-Scene:
Die Rosenbraut.

CASSTANS PANOPTICON

Die sensationellen lebenden Photographien!
mit Figuren in Lebensgröße.
Die russische Damenkapelle „Mignon“ in moskowsischen Kostümen.
„Dreifuss“ mit 3 Beinen gebor. leb. Kosakenpford.

Prater-Theater

Kolonien-Allee 7/9.
Täglich: Dorns Resi. Volkstümlich mit Gesang u. Tanz v. Hugo Schall. Musik von H. Berlin. Kostüme durch Frau L. Lucie Sarow. Ges. Milardo. Orst. Lucie. Tauma-Quartett. Gesang und Tanz. Die 3 Schindbrunn, humoristisches Bilderbuch. The 4 Flashes. Excentric. Vondaro-Trio. Exercicien am Hand. Trazed. Daniel-Truppe. Pantomime. Ballettgesellschaft Döring.
Konzert und Ball.
Eintritt wochentags und Sonntags 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kabo.

Reichshallen.

Garten resp. Saal
Täglich:
Stettiner Säger

(Miesel.
Pietro. Britton.
Steidl. Bronn.
S. Kirchmayer.
Schneider und Zigrader).

Zum Schluß:
Ein vergünstigter Wahltag.
Burleske von Krepel.
Anfang wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Vorher: Konzert des Reichshallen-Orchesters. Entree 50 Pf.
(Vorverkauf für die Woche 40 Pf.)
Straße 1 Nr. 30.
Jeden Freitag: Neues Programm.

„Alter Dessauer“
Kriegerstr. 32.
Inhaber: A. Ladewig.
Schattiger Garten Berlin.
Täglich: Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 14-15. Kritische Zeitung: Paul Wildig.
Täglich: Großes Garten-Konzert.
Ausreten des gesamten Schauspiel- u. Spezialitäten-Perionals.
Nur erstklassige Kräfte.
Georg Fischer (Vedersänger), Julius Werner (Komiker), Ernst Banola (Soubrette), The Charley Troupe (4 Personen), Ling-Fung (Chinesische Akrobaten), The Cowas (Original-Excentric).
Neues gedlegenes Familien-Programm.
Entree: Wochentags 20 Pf., Nummerierter Platz 40 Pf.
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr.
In den Festfällen:
Die Kaffeefläche ist geöffnet.

Schweizer-Garten

Am Königschor (Ringbahn) Am Friedrichshain.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Mittwoch:
Großes Familien- und Kinderfest.
Auftreten des neuen Künstler-Ensembles.
Jeden Abend von 10-11 Uhr:
Robität. Der Robität:
Ober-Bonse von Kiantschou.
Ausstattungs-Burleske mit Gesang in 3 Akten von J. Eisner. — Musik von Max Schmidt.
Volksbelustigungen aller Art. Im Saale: Ball.

Hasenheide. Neue Welt. Hasenheide.

Heute, Mittwoch, 19. Juli:
1. Großes Erste-Fest
mit Gratwanderung, Bodelsgig durch den Garten, Bonbonregen und sonstige Ueberraschungen. Außerdem Großes Konzert mit Spezialitäten-Vorstellung. Auftreten des gesamten Künstlerpersonals. — Anfang 4 Uhr. [21812*] A. Froelich.
Jedes Kind erhält ein Pös, sowie eine Stodlaternc.

Bereinigung der Dialer re.

(Billaie I. und II).
Am Sonnabend, den 22. Juli 1899. In den „Central-Festsälen“, Alte Jakobstrasse 32:
Großes Sommer-Fest,
verbunden mit Konzert und Theater-Aufführungen.
Nach dem Konzert: Gr. Ball.
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.
Anfang 8 1/2 Uhr. — Eintritt 30 Pf.
Billet sind in folgenden Zahlstellen zu haben: Ritterstraße 123, Alte Jakobstraße 69, Langestraße 102, Kolonnenstraße 50, Blumenthalstr. 5, Sabelbergerstraße 37, Bismarckstraße 3, Ruppinerstraße 42. 124/4*
Das Komitee.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7

Tempelhofer Berg Bock-Brauerei Tempelhofer Berg

Sonnabend, den 22. Juli 1899

Grosses Sommerfest

arrangiert von den

Parteilgenossen des II. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Vokal- und Instrumental-Konzert

unter Mitwirkung mehrerer Gesangvereine (M. d. R.-S.-V.) und des Berliner Uk-Trio.
TANZ. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Die Kaffeefläche ist von 3 Uhr an geöffnet. Bilet 20 Pf. Eröffnung 3 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Zu recht zahlreichem Besuch laden ein
Die Gesangsvereine, welche sich bereit erklärt haben, mitzuwirken, sind und noch nicht ihre Zustimmung gegeben haben, werden gebeten, am Dienstag, den 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr zur Probe bei G o s s u m u n, Kreuzbergstr. 48, zu erscheinen. 211/4*Die Vertrauensmänner.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
71 Rüberdorfer Straße 71,
am Köpenicker Platz.
Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Nur erstklassige Nummern.
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Kinder 10 Pf. Sperrig Nacht. 20 Pf.
Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf.
Kinder 10 Pf. Sperrig Nacht. 10 Pf.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Säger.
Hermann Imbs, Direktor.

R. Ballschmieders

„Kastanienwäldchen“
Konzertgarten u. Prachtäle
Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16.
Täglich:
Gr. Promenaden-Konzert.
Jeden Donnerstag:
Elite-Strichkonzert.
Sonntags: Großer Ball im neuerbauten Saal.
Empfiehlt meine Säger zu allen Festlichkeiten.
R. Ballschmieder.

Apollo-Theater.

Abends 9 Uhr:
Frau Luna
mit dem Luftballett
„Grigolatis“.
Ferner:
* Otto Reutter *
und 9 neue Spezialitäten.
Anf. des Garten-Konzerts 7 Uhr. der Vorstellung 8 Uhr.
Bilet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 53/54.
Direktion: Richard Schultz.
Grösster Saison-Erfolg!!!
9 1/2 Uhr: 9 1/2 Uhr:
Berlin lacht!
Frank-Bonhair-Truppe.
Werner Amoros Pantomime.
8 Champions,
sowie die übrigen Kunstattraktionen.
Anfang 8 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lütowstraße 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der Norddeutschen Säger
(Führmann, Horst, Walde). Anf. Sonntags präc. 7 uochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf. Parquet 10 Pf. Familienabiet 3 — 1 20.
Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzkränzen.

W. Noacks Theater,

Brunnenstraße 16.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Neu!
Durch Klippen und Wellen.
Lebensbild
mit Gesang in 1 Akt von O. Richter.
Großer Beifall!
Die Schmetterlinge
oder: Goldene Tage.
Ausstattungs-Burleske mit Gesang und Tanz von W. Gercke.
Musik von Leppand.
Im Saale: Tanzkränzen.
Empfiehlt Freunden u. Genossen mein
Beij- u. Banrijah-Bier-Local
mit großer schattigen Garten und bester Regelbahn. Vereinszimmer zu 20, 50 und 120 Personen. Saal für keine Vereine nur für Festlichkeiten noch einige Sonntage frei, Unterstutzung durch Stammpächter. — Glas Bier 10 Pf. große Beige 20 Pf. Vereinshaus *
Emil Dieke, N. Adersr. 123.

Sommertheater Marienbad

Badstraße 35/36.
Regie: Willy Reusch. Direktion: Max Reichsburg.
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Berlin wie's nicht und trennt. Heien and dem Baden.
Nach der Vorstellung: Ball.

Ia Fahrräder

wirklich erstklassige Maschinen
von 85 Mk. an.
Damen cycles
von 90 Mk. an.
Baer Sohn
Chausseestr. 24a.
21270*
Hans Kayser
Gründer Bahnh. Plat 6.
Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zahlen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptpoststation Brankstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Defestillation wegen Todesfall ver-
käuflich. Schmelzstr. 38. 75*
Herzafal. Bistardhammer, sämtliche
Küchenutensilien zu verkaufen.
Röhrend Schügenstraße 32. Helm-
stammleier. 12008*
Ed-Defestillation (gut gehend, Zahlf-
stelle, Verein, Bauzegend) ist billig zu
verkaufen Palasstr. Ringstraße 118.
Edo Johann-Siegismundstraße. *
Defestillation feinstes Silber zu
verkaufen Soldinerstraße 11. 12858*
Milchgeschäft mit Kühe, viel Bad-
ware (gute Grüns), ist umfände-
haltig sofort billig zu verkaufen. Zu
erfragen Weidenstraße 37 im Laden,
in Schönberg. 1724*
Steppdecken kauft man am besten
und billigsten nur direkt in der Fabrik!
D. Strohmeyer, Berlin, Wall-
straße 72, wo auch alle Defest auf-
gearbeitet werden. 10232*
Wäbel und Postwaren, auch
ganze Einrichtungen empfiehlt Franz
Tuhauer, Blumenstraße 162. 10792*
Fahrrad, fast neu, 100 Mark, ver-
kauft Käster, Geckardstraße 14, Hof IV
Geitenstraße.
Fahrräder, Rubend, große Aus-
wahl, billige Preise, Dählhorn Kabott,
Reparaturen. Otto Deing, Bräden-
straße 6b. 1442*
Fahrradhandler kaufen sämtliche
Zubehör- und Rohstoffe, sowie Wäbel,
gesamte Räder sehr vortheilhaft.
Damenstr. 47. Fahrradartikel on gros.
Nähmaschinen, Ringstuhl, auch
ohne Anzählung, 1. Besichtigung Post-
faste. Lindner, Bernauerstraße 75.
Steppdecken kauft man direkt
vom Anfertiger. Schmiegler, Blumen-
straße 13. 10628*

Verkäufe.

Kinderwagen (Dreirad, mit Ber-
ber) 6 Mark verkauft Köp, Schleif-
straße 14. 11018
Fahrräder, erstklassige Marken, 2
Jahre Garantie. Weiessere Räder,
noch gut erhalten, billig. Teilzah-
lungen gestattet. Lindens und Ein-
ziger werden verlehren. Karl Fischer,
Beustelstraße 9. 612*
Fahrräder, Teilzahlung, mögliche
Anzahlung, einjährige schriftliche Gar-
antie. Verkauf an Privatre direkt
auf Kredit. Diefenbachstraße 33.
Imperial-Fahrradwerke. Sonntags
geöffnet. 5598*
Zammertreue zu Kinderbetten,
Knochenanzüge, Plüschdecken, Schürzen-
reife, Kleiderstoffe, Buchbinderei, Ede-
plattreife, eisenbleie Ware, Kottumweie,
leichte Wand eine Kart, Capostoffe
Neue Königstraße 30, eine Treppe,
tein Laden. Genauere Dausnummer 30,
eine Treppe beachten! Vortheilhafteste
Begnabewelle für Wiedereinführer. *
Angekaupte Damenkleider mit
höchster Handfäherci, Kielemacher,
samt tabeles, von 1,10 an. Ebenso
Damenkleider mit eleganten Stoffen
von 1,20. Handfäherci: Böschefabrik
Donig, Alexanderstraße 30, Sörder-
haus, 1 Treppe. 1272*
Möbel, baar und Teilzahlung,
billig. Frankfurter Allee 110, I. Ede
Königsbergerstraße. 412*
Gastocher, Sparpödem, Jweiloch
6,00, Dreiloch 10,00, Gasplättchen
sehr billig, Gasbratfen 10,00 R. Teil-
zahlung. Wohler, Wälfenstraße 45,
Straße 26/27. (Rein Waben). 13146*
Goldwaren-Andereant, poltblidg.
Schliffstraße 126 parterie. 13*
Goldwaren billig, reich, Goldnom-
straße 33, parterie. 452*
Strickmaschinen für Familien-
und Hausgebrauch, auch auf Teil-
zahlung. Gafan Dreberer, Engel-
ufer 20. 713

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik. Neuer Abend-
kursus. Jochim, Alte Jakobstraße 24.
Gesangsverein. Damen, welche
gewillt sind dem Damenchor Hartena
beizutreten, mögen sich melden bei
Friedrich Vink, Waldstraße 32. 712*
Hiermit nehme ich die Beileidigung,
welche ich gegen Herrn Rekaumteur
Hudolf Bornert ausgesprochen, zurück
und erkläre denselben für einen ehren-
werten Mann. Frau Ragott, Luftiten-
straße 34. 13016
Cuttungs-Marken und Kaufschul-
Stempel liefert seit 20 Jahren für
tausende Kasen und Vereine Jean
Doize, Hanaustr. Wpde Drehbahn 45.
Anfertigte Preislisten gratis. 1341
Unfallsachen, Klagen, Eingaben
Burger, Streitbergerstraße 65. 11233*
Charlottenburg. Empfehle mein
Wein- und Banchfabrik-Local. Freund-
liches Vereinszimmer ist zu dergern.
Dörr, Wallstraße 60. 723*
Kaffern 5 Pfennige, Daarschneiden
20, Ränder 10, 15 Pfennige, schnell,
sunder. Nur Dresdenstraße 3, direkt
Kottbuscher Thor. 13055*

Vermietungen.

Schlafstellen.
Schlafstelle, möbliert, für Herren,
sodast, Wasserhorkstraße 20, vorn IV
inf. 13306*
Schlafstellen finden junge Leute
bei Schidlowski, Kaufingerstraße 45,
hinter Seitenflügel 2 Treppen. 732*
Schlafstelle Friedrichsbergstr. 20,
Hof I links. 741

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.
3,50 Feuerversicherung Baupener-
straße 3. 991*
Bügler, Stepper, Arbeiterinnen
verlangt Arbeitsnachweis Raum-
straße 26, Martin. 13075*
Gehilfenarbeiter auf Schirm-
griffe verlangt Alphonse Ludwig u. Co.,
Beandlungstraße 6. 13055*
Tüchtige ältere Konteure für Ein-
machungen für dauernde und lohnende
Beschäftigung gesucht. Ofrerien unter
A. 3 an die Expedition dieses Blattes. *
Zeichnen-Gehilfen, zwei tüchtige
auf Grabdenkmäl-arbeiten sowie auf
Schriftzügen und Schreiben sofort
verlangt D. Edel, Granice an der
Kordbahn. 71
Bildhauer-Gehilfe verlangt Köhl,
Weidenweg 20, vorn IV. 13828*
Schloffer, nur tüchtige, verlangt
Ed. Pulo, Tempelhof, Germania-
straße. 13828*
Tüchtige Farbigeher verlangt
Albert Hander, Schönebergerstraße 27.
Ordnlicher Laufjunge, 12 bis
13 Jahre, für nachmittags gesucht.
Wohnungen zwischen 7-8 abends.
Weinlage, Riederstraße 3, I. 720
Gedie Bräger auf Karten ver-
langt Wilhelm Vöthne, Reichender-
straße 158. 732
Tüchtige Gelehrten verlangt
Zeughoffstraße 21, Neumann, Geung
u. Co. 14026
Junges Mädchen für Verkauf und
Hauswirtschaft sucht Bäckerei Falk-
straße 5. 204
Mäherin auf Wallstraße gesucht,
Schredder, Rantzensteinstraße 128, 13096

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Osten:
Robert Wengels, Frankstr. 30, D.
V. Vogel Edwe., Ropenstr. 83.
Chr. Schulz, Blumenstr. 14.
Nordosten:
J. Reul, Dammstr. 42.
Norden:
W. Gahnmann, Grünthalstraße 65.
Karl Mars, Bahnhöfen-allee 95/98.
Emil Stolzenberg, Wiesenstr. 14.
V. Dequand, Kudowplatz 24.
G. Vogel, Dammstr. 52.
A. Tiedt, Nordwallstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzweiderstr. 8.
Südwesten:
F. Chuefarge, Bergmannstr. 23, D. II.
S. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
Hans Vaale, Dredenerstr. 52/53.
F. Watschmidt, Rosibolder Damm 8.
Südosten:
Frit Thiel, Schulstraße 35.
W. Geide, Wraschstr. 58.
Martin Wiese, Adlersbr. 24.
Centrum:
F. Gorfch, Gopstr. 77.
Charlottenburg:
Gust. Scharsberg, Wälfenstr. 94 I.
H. Tiedt, Raiter Friedhofstr. 37 b.
Friedenau:
H. Berner, Rüdstr. 15.
Friedrichsberg:
Anton Köpp, Friedrich Köstr. 4.
Pankow:
Summert, Raiter Friedhofstr. 15.
Kixdorf:
G. Ohmann, Gröstr. 6.
G. Hegean, Dammstr. 50.
Schöneberg:
Wilh. Dämmner, Köpke Dammstr. 13.
Weissensee:
Geirich Bachmann, Lederstr. 1.
Julius Schiller, Königshaussee 30a.
Hob. Riechtwager, Gafan-Adolf-
straße 16.